



Hilfebedarf und Hilfebereitschaft bei anhaltendem Stromausfall

Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken

Claudius Ohder

Julian Röpcke

Birgitta Sticher

Sarah Geißler

Benedikt Schweer

Januar 2014



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen

Teilprojekt: Bürgernahes Krisenmanagement aus sozial-
wissenschaftlicher und rechtlicher Perspektive

Prof. Dr. Claudius Ohder

Prof. Dr. Birgitta Sticher

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60

10315 Berlin

kat-leuchtturm@hwr-berlin.de

+49(0)30 30877 2843

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

| | |
|---|-----------|
| 1 Die Bürgerbefragung im Kontext des Projekts „Katastrophenschutz-Leuchttürme“ | 7 |
| 2 Methodische Einordnung | 9 |
| 3 Umsetzung des Forschungsvorhabens | 11 |
| 3.1 Untersuchungsgebiete | 11 |
| 3.2 Befragungsorte und -zeitraum | 12 |
| 3.3 Fragebogen..... | 12 |
| 3.4 Durchführung | 14 |
| 3.5 Prüfung, Erfassung, Aufbereitung und Verarbeitung der Daten | 16 |
| 4 Prüfung der Stichprobe im Lichte des methodischen Ansatzes | 17 |
| 4.1 Abgleich der Verteilung zentraler demographischer Merkmale | 17 |
| 1.1.1 <i>Geschlecht</i> | 17 |
| 4.1.1 <i>Alter</i> | 18 |
| 4.1.2 <i>Haushaltsgröße</i> | 18 |
| 4.1.3 <i>Erwerbsintegration</i> | 19 |
| 4.1.4 <i>Migrationshintergrund</i> | 19 |
| 4.2 Beurteilung der Stichprobe..... | 20 |
| 5 Ergebnisse der Bürgerbefragung | 21 |
| 5.1 Hilfebedarf | 22 |
| 5.1.1 <i>Erhöhte Vulnerabilität</i> | 22 |
| 5.1.1.1 Wohnen in oberen Stockwerken | 22 |
| 5.1.1.2 körperliche Einschränkungen | 22 |
| 5.1.1.3 Fokusgruppen | 24 |
| 5.1.1.4 Ergebnisse im Überblick | 25 |
| 5.1.2 <i>Vorräte im Haushalt</i> | 25 |
| 5.1.2.1 Getränke und Lebensmittel..... | 25 |
| 5.1.2.2 Medikamente | 27 |
| 5.1.2.3 Fokusgruppen | 27 |
| 5.1.2.4 Ergebnisse im Überblick | 28 |
| 5.1.3 <i>Verfügbare Hilfsmittel und Geräte</i> | 28 |
| 5.1.3.1 Licht und Kochen | 28 |
| 5.1.3.2 Information und Kommunikation | 29 |
| 5.1.3.3 Mobilität..... | 30 |
| 5.1.3.4 Fokusgruppen | 31 |
| 5.1.3.5 Ergebnisse im Überblick | 32 |
| 5.2 Hilfeerwartung..... | 33 |
| 5.2.1 <i>Informelle Hilfestrukturen</i> | 33 |
| 5.2.2 <i>Anlaufstellen für Hilfe und Information</i> | 35 |
| 5.2.2.1 Standortwissen | 39 |
| 5.2.3 <i>Hilfeleistungen durch öffentliche Stellen</i> | 39 |
| 5.2.4 <i>Fokusgruppen</i> | 42 |
| 5.2.5 <i>Ergebnisse im Überblick</i> | 45 |

| | | |
|---------------|--------------------------------------|-----------|
| 5.3 | Hilfebereitschaft | 46 |
| 5.3.1 | <i>Hilfeleistungen</i> | 47 |
| 5.3.2 | <i>Einflussfaktoren</i> | 49 |
| 5.3.3 | <i>Fokusgruppen</i> | 52 |
| 5.3.4 | <i>Ergebnisse im Überblick</i> | 53 |
| Anhang | | 55 |

Vorwort

Die Bürgerbefragung zum Hilfebedarf und zur Hilfebereitschaft bei anhaltendem Stromausfall wurde im Rahmen des Verbundprojekts „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen“ durchgeführt. An diesem Projekt sind sieben Konsortialpartner unmittelbar beteiligt.

Initiator der Studie war der Konsortialpartner „Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin“. Mit Lichtenberg und Mitte konnten zwei weitere Bezirke für eine Teilnahme gewonnen werden. Die Befragungen fanden in den Bürgerämtern dieser Bezirke statt.

Zusätzlich hat die Berliner Feuerwehr Besucher und Besucherinnen ihres Tags der offenen Tür befragt und insgesamt 82 Fragebögen zu dem Gesamtsample von 800 beigesteuert.

Die Durchführung der Befragung in den Bürgerämtern, die Erfassung und Aufbereitung sämtlicher Daten, die Auswertung der Befragungsergebnisse und deren Darstellung in dem vorliegenden Bericht lagen bei der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR).

Der Bericht dient mehreren Zwecken. Zunächst einmal soll er die Konsortialpartner generell über die Befragung und ihre Ergebnisse informieren. Darüber hinaus sollen die Partner, die Fragen zu dem Fragebogen beigesteuert haben, über die diesbezüglichen Ergebnisse unterrichtet werden, da diese für den Fortgang der Arbeiten im Verbundprojekt unmittelbar wichtig sind. Und schließlich werden die Anlage der Studie, die Struktur der gewonnenen Daten sowie die praktizierten Auswertungsansätze ausführlich erörtert, um die Möglichkeiten für eine weitergehende Datenauswertung abzustecken.

Der vorgelegte Bericht soll in erster Linie „nach innen“ informieren. Für die (Fach)Öffentlichkeit soll die Bürgerbefragung vor allem dadurch sichtbar werden, dass ihre Ergebnisse in Publikationen, Präsentationen und Vorträge der Konsortialpartner einfließen. Aus diesem Grund wird in dem Bericht auf weiterreichende Ergebnisinterpretationen verzichtet. Da der Bericht jedoch auf der Homepage des Verbundprojekts eingestellt und damit öffentlich zugänglich gemacht werden soll, enthält er punktuell Ausführungen zu dem Gesamtprojekt sowie Erläuterungen zu den Untersuchungsorten, die insbesondere für Leser, die über keine detaillierten Berlinkenntnisse verfügen, hilfreich sein dürften.

1 Die Bürgerbefragung im Kontext des Projekts „Katastrophenschutz-Leuchttürme“

Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung aus dem Programm Forschung für die zivile Sicherheit geförderte Projekt „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen“ befasst sich mit den Voraussetzungen und Möglichkeiten eines bürgernahen Krisen- und Katastrophenmanagements im Fall eines mehrtägigen flächendeckenden Stromausfalls.¹

Im Rahmen des Projekts soll ein Konzept für Anlaufstellen für die Bevölkerung in einem solchen Krisen bzw. Katastrophenfall entwickelt und erprobt werden. Diese Anlaufstellen sollen so ausgestattet sein, dass dringende Hilfeleistungen unmittelbar erbracht oder von dort aus organisiert werden können. Zudem soll über einen Zeitraum von mehreren Tagen eine Notstromversorgung und Kommunikation dieser Stellen gewährleistet werden. Die Realisierung solcher „Leuchttürme“ hat somit technische Voraussetzungen. Nicht weniger wichtig ist jedoch die Einbeziehung und Aktivierung der Bevölkerung. Je besser dies gelingt, so die Kernannahme dieses innovativen Ansatzes, desto stärker können die Resilienz- und Selbsthilfepotenziale der Bevölkerung genutzt und umso effektiver das Krisen- und Katastrophenmanagement bei einem Blackout oder anderen Katastrophen organisiert werden.

Diese Leuchttürme haben eine Schnittstellenfunktion und bei der Einbeziehung und Aktivierung der Bevölkerung kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu. Voraussetzung ist jedoch eine möglichst genaue Kenntnis der Hilfebedarfe und -erwartungen sowie der Hilfsbereitschaft und ihrer Voraussetzungen. Ein bürgernahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement muss nämlich an der lokalen Vulnerabilitätsprofilen, den vorhandenen Ressourcen und bestehenden Hilfementalitäten ansetzen. Bisher ist das hierfür vorhandene Wissen begrenzt und nicht hinreichend differenziert, um die konkreten und in pluralisierten Gesellschaften recht unterschiedlichen örtlichen Bedingungen erfassen und verstehen zu können.

Hier setzt die in drei Berliner Bezirken durchgeführte quantitative Befragung von Bürgerinnen und Bürgern an, deren Anlage, Durchführung und Ergebnisse nachfolgend dargestellt werden. Sie wird ergänzt durch bereits früher

¹<http://www.kat-leuchtturm.de/>

abgeschlossene explorative Fallstudien und bis zum Ende der Projektlaufzeit (Juli 2015) durchzuführende qualitative Untersuchungen.

2 Methodische Einordnung

Quantitative Befragungen haben in der Regel zwei Voraussetzungen. Zum einen ist dies die Annahme, man könne mit einer repräsentativen Stichprobe und damit durch die Befragung einer überschaubaren Anzahl von Personen, Rückschlüsse auf eine Gesamtheit (Wähler, Bürger einer Stadt, Personen mit Zeitungsabonnement usw.) ziehen. Und zum anderen wird davon ausgegangen, dass die Befragten mehr oder weniger zuverlässig Auskunft zu dem Gegenstand oder Thema von Interesse geben können. Im gegebenen Fall sind diese Bedingungen nicht eindeutig erfüllt.

Zum Problem der Repräsentativität: Genau genommen möchte man Auskunft über diejenigen erhalten, die sich im Falle eines länger anhaltenden Stromausfalls in dem betroffenen Gebiet aufhalten würden. Dies sind Bewohner aber auch Besucher und Durchreisende – eine Gesamtmenge also, die gerade in Regionen und Städten mit Metropolfunktion erheblich schwankt und deren Elemente (Individuen) zudem nicht identifizierbar sind. Auch dürften mit zunehmender Dauer des Stromausfalls nicht wenige das Gebiet verlassen und der betroffene Personenkreis würde sich kontinuierlich ändern. Die Folge sind erhebliche konzeptionelle Schwierigkeiten bei der Konstruktion einer repräsentativen Stichprobe. Nicht weniger gravierend ist das Problem der Auskunftsfähigkeit: Insbesondere bei Fragen zur Hilfeerwartung und -bereitschaft können die Befragten bestenfalls in sehr begrenztem Umfang auf eigene Erfahrungen zurückgreifen, da die Zahl derer, die einen längeren Blackout durchlebt haben, zumindest hierzulande, sehr gering ist. Dies führt zu Unsicherheit und Abwehr. Bei einer herkömmlichen schriftlichen oder fernmündlichen Befragung, die nicht die Möglichkeit bietet, Personen gezielt anzusprechen, zur Teilnahme zu motivieren und eventuelle Fragen zu klären, wären die Verweigerungs- und Abbruchquoten absehbar hoch.

Die Repräsentativität der Stichprobe ist schwer realisierbar und würde, wenn sie gelänge, zu einem extrem hohen Befragungsaufwand führen, da der nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Personenkreis nach Möglichkeit vollständig erreicht und befragt werden müsste. Eine Alternative bietet gezieltes Sampling, worunter im Kontext einer quantitativen Befragung zu verstehen ist, dass das Vorgehen darauf abzielt, eine Vielfalt von Meinungen, Erfahrungen, Einschätzungen usw. für die Befragung zu erschließen. Dies kann durch die Wahl der Befragungsorte und -zeiten erreicht werden. Dieser Ansatz eröffnet die Möglichkeit zu einem besseren Verständnis beispielsweise der in der Bevölkerung bestehenden Hilfeerwartungen, gestattet aber, und hier liegt eine methodisch angelegte Grenze, keine verallgemeinernden quantitativen Aussagen über die Bevölkerung wie etwa „62% der Bevölkerung erwarten, dass ab dem dritten Tag des Stromausfalls Lebensmittel verteilt werden“.

Der beschriebene Ansatz ermöglicht und erfordert sogar ein gezieltes Ansprechen von potenziellen Befragungsteilnehmern und -nehmerinnen. Die Ziele der Untersuchung können daher adressatengerecht erläutert werden und die Angesprochenen können das Vorhaben mit konkreten Institutionen und „Gesichtern“ verbinden. Dies und die Möglichkeit zu Nachfragen, fördern die Bereitschaft an der Befragung teilzunehmen und die dafür erforderliche Mühe aufzubringen.

Das oben angeschnittene Problem der Auskunftsfähigkeit ist damit allerdings nur bedingt gelöst, denn völlig unabhängig von der Motivation zur Teilnahme können die Befragten keine zuverlässige Auskunft über ihre Lage nach mehreren Tagen des Stromausfalls geben. Je nach Betroffenheit werden sich die Erwartungen und Haltungen verändern. Gleichwohl sind die im Rahmen einer Befragung in Erfahrung zu bringenden Hilfeerwartungen und Einstellungen zur Hilfebereitschaft hoch relevant, da sie den Ausgangspunkt einer Krisen- oder Katastrophenlage markieren und strukturierend in diese hineinwirken. So werden Personen, die grundsätzlich hilfebereit sind, zu Beginn einer solchen Lage eine gewisse „altruistischen Offenheit“ an den Tag legen und für Selbsthilfemaßnahmen auf lokaler Ebene grundsätzlich ansprechbar sein. Wenn sich eine starke Selbstbetroffenheit einstellt, etwa durch die Erkrankung der eigenen Kinder, kann diese Bereitschaft folgenlos bleiben. Aber zu wissen, in welchem Umfang, unter welchen Bedingungen und in welcher Form Bürgerinnen und Bürger bereit sind, anderen zu helfen und welche Erwartungen sie an staatliche Stellen richten, ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklung bürgernaher und aktivierender Formen des Krisen- und Katastrophenmanagements und konkret von Katastrophenschutz-Leuchttürmen.

3 Umsetzung des Forschungsvorhabens

Nachfolgend wird die Operationalisierung der skizzierten Konzeptidee beschrieben. Insbesondere sollen die einzelnen Schritte und Elemente der Umsetzung nachvollziehbar werden.

3.1 Untersuchungsgebiete

Der oben umrissene methodische Ansatz macht es erforderlich, die Untersuchung so anzulegen, dass die befragten Personen nach Möglichkeit die Bandbreite der in der Bevölkerung bestehenden Erfahrungshintergründe, Lebensrealitäten und Einstellungen abdecken. Damit stellt sich die Frage, wo und in welcher Situation solche Personen angetroffen und für die Teilnahme gewonnen werden könnten.

Aufgrund von Festlegungen im Gesamtprojekt war Berlin als Untersuchungsgebiet gesetzt. Aus forschungsökonomischen Gründen war eine weitere Eingrenzung angezeigt. In Ergänzung zu dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf wurden die Bezirke Lichtenberg und Mitte gewählt. Abgleiche mit Daten der Landesstatistik lassen erkennen, dass die Bevölkerung dieser drei Bezirke wesentlichen Heterogenitätsmerkmalen der Berliner Bevölkerung entspricht. Zudem bildet sie die unterschiedlichen lokalen Mentalitäten in der Berliner Bevölkerung ab.¹ Und schließlich finden sich dort die unterschiedlichen Typen räumlich-baulicher Gestaltung wieder.

- Steglitz-Zehlendorf liegt im ehemaligen Westteil und Lichtenberg im ehemaligen Ostteil der Stadt. Mitte ist aus einem ehemaligen Ost- und zwei ehemaligen Westbezirken entstanden. Untersuchungsgebiet war der ehemals westliche Bezirk und heutige Ortsteil Wedding.
- Der Bericht Monitoring Soziale Stadtentwicklung² belegt einen herausragend günstigen Sozialindex für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Lichtenberg nimmt einen mittleren Rang ein. Der Bezirk Mitte, in dem der Stadtteil Wedding liegt, zählt zu den Stadtgebieten mit den ungünstigsten Werten. In die Berechnung des Sozialindex fließen sechs Variablen ein, die sich insbesondere auf die Erwerbstätigkeit und den Migrationsstatus der Bewohner des Gebiets beziehen. Der Sozialindex gilt als Indikator für den Grad der sozialen Integration. Er zeigt vergleichsweise günstige und ungünstige Lebenslagen an.

¹ Vgl. etwa die in der Hertie Berlin Studie herausgearbeiteten sieben Lebenswelten. Hurrelmann, Klaus (2008): Hertie-Berlin-Studie. Hamburg: Hoffmann und Campe.

² http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2011/tabellen.shtm

- In Steglitz-Zehlendorf ist das Stadtbild durch Straßenzüge mit gepflegtem Altbaubestand, Quartiere mit Einfamilienhäusern und kleinere Siedlungseinheiten mit überwiegend gehobenem Standard geprägt. In Lichtenberg dominieren Großsiedlungen mit einer dichten, hochgeschossigen und homogenen Bebauung. Das Weddinger Stadtbild wird durch sogenannte Mietskasernen aus der Gründerzeit geprägt. Kleinere Siedlungseinheiten entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.

| <i>Befragungsort</i> | <i>Befragungstage</i> | <i>Befragte nach Bürgeramt</i> | <i>Befragte nach Bezirk</i> |
|-------------------------------------|-----------------------|------------------------------------|---------------------------------|
| Zehlendorf-Steglitz | | | 208 |
| • Bezirksamt Zehlendorf | 26.6.2013 | 61 | |
| • Bürgeramt Rathaus Steglitz | 10.7.2013 | 58 | |
| | 15.8.2013 | 37 | |
| | 29.8.2013 | 43 | |
| • Bürgeramt Lankwitz | 24.7.2013 | 9 | |
| Lichtenberg | | | 288 |
| • Bürgeramt I Neu-Hohenschönhausen | 3.7.2013 | 54 | |
| | 8.8.2013 | 66 | |
| • Bürgeramt II Lichtenberg | 8.7.2013 | 64 | |
| • Bürgeramt III Center am Tierpark | 10.7.2013 | 50 | |
| • Bürgeramt IV Alt-Hohenschönhausen | 6.8.2013 | 54 | |
| Mitte | | | 235 |
| • Bezirksamt Wedding | 8.7.2013 | 76 | |
| | 15.7.2013 | 34 | |
| | 22.7.2013 | 30 | |
| | 5.8.2013 | 57 | |
| | 26.8.2013 | 38 | |

Tabelle 1

3.2 Befragungsorte und -zeitraum

Als Befragungsorte wurden die Bürgerämter in den genannten Bezirken gewählt. Dies hatte zum einen forschungspraktische Gründe, da diese Einrichtungen zugänglich waren, einen geeigneten Rahmen für die Befragung boten und Bürger, die diese Ämter aufsuchen, wegen möglicher Wartezeiten in der Regel ein größeres Zeitbudget einplanen. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass der Besuch von Bürgerämtern keinen gravierenden Selektionsprozessen unterliegt, da jeder Bürger beispielsweise gültige Ausweispapiere benötigt und diese in der Regel persönlich bei einem Bürgeramt

beantragt werden müssen. Auch für Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft gibt es eine Vielzahl von Gründen, Bürgerämter aufzusuchen. Bei einer Befragung in Finanzämtern oder Jobcentern wäre zu befürchten gewesen, dass nur ein Ausschnitt der Bevölkerung erreicht würde.

Sämtliche Befragungen wurden zwischen dem 26. Juni und dem 29. August 2013 zu unterschiedlichen Wochentagen und Tageszeiten durchgeführt. Sechs Befragungstermine lagen außerhalb der Schulferien, neun in den Schulferien. Genauere Angaben zu den Befragungstagen, Befragungsorten und der Zahl der Befragten ist Tabelle 1 zu entnehmen.

Zusätzlich zu der Befragung in Bürgerämtern wurde Besuchern des Tags der offenen Tür der Berliner Feuerwehr, der am 6. Juli 2013 stattfand, die Möglichkeit zur Teilnahme an der Befragung gegeben. 82 Personen, die aus allen Teilen Berlins stammen, haben sich beteiligt.

3.3 Fragebogen

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen Hilfebedarf, Hilfeerwartung und Hilfbereitschaft der Bevölkerung im Falle eines mehrtägigen Stromausfalls. Bei der Umsetzung dieses allgemeinen Erkenntnisinteresses in einen Fragebogen wurde an den Ergebnissen der einschlägigen sozialpsychologischen Forschung sowie an Vorstudien angeknüpft, im Rahmen derer dokumentierte Katastrophenereignisse im Hinblick auf die genannten Aspekte ausgewertet worden sind. Zudem wurden sämtliche Konsortialpartner unter anderem im Rahmen eines gemeinsamen Workshops einbezogen. In den eingesetzten Fragebogen sind die Ergebnisse dieses Abstimmungsprozesses eingeflossen. Die deutsche Fassung dieses Fragebogens findet sich am Ende des vorliegenden Berichts. Der Fragebogen stand außerdem in englischer und türkischer Sprache zur Verfügung, um sprachliche Barrieren für eine Teilnahme nach Möglichkeit gering zu halten.

Vor der Befragung von Besuchern der Bürgerämter wurde der Fragebogen getestet. Alle beteiligten Konsortialpartner haben in ihren Bereichen Probe-läufe durchgeführt. Getestet wurde der Fragebogen an circa 40 Personen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem sozio-kulturellen Hintergrund. Die HWR hat beispielsweise Studierende einbezogen. Die Ergebnisse des Pretests haben zu einer Überarbeitung des Fragebogens geführt.

Der Fragebogen enthält überwiegend „geschlossene“ Fragen. Die Antwortkategorien sind also vorgegeben. Bei einer Reihe von Fragen wurde die Kategorie „Sonstiges“ eingefügt, um den Befragten eine Möglichkeit für ergänzende oder differenzierende Antworten zu geben. Insofern handelt es sich um einen „teiloffenen“ Fragebogen.

Bei der Konstruktion des Fragebogens war zu bedenken, dass die einzubeziehenden Personen ganz überwiegend noch keinen längeren Stromausfall erlebt haben und dessen Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation nicht unmittelbar kennen würden. Dem Fragebogen wurde daher eine kurze Szenariobeschreibung vorangestellt, in der die Vielzahl und die Breite der Folgen eines Stromausfalls angedeutet werden.

Der Fragebogen ist in fünf thematische Blöcke untergliedert.

- Im ersten Fragenblock werden die Befragten um Angaben zu Ihrer Wohn- und Lebenssituation gebeten. Zum einen sollen diese Angaben, so etwa zur Wohndauer im Kiez, dem besseren Verständnis der Befragungsergebnisse zu den Themen Hilfeerwartung und -bereitschaft dienen. Gefragt wird aber auch nach Umständen, die im Fall eines anhaltenden Stromausfalls zu einer erhöhten Vulnerabilität und Hilfebedürftigkeit führen können. Körperliche Einschränkungen wären ein solcher Umstand.
- Der zweite Fragenkomplex steht unter der Überschrift „Meine Vorräte“. Hier werden Angaben zu den verfügbaren Vorräten an Lebensmitteln, Getränken und Medikamenten sowie zu der Verfügbarkeit von technischen Mitteln erfragt, die im Fall eines anhaltenden Stromausfalls zu wichtigen Ressourcen werden können. Dazu zählen Mobilitätsmittel wie Fahrräder und Kommunikationsmittel wie Batterie betriebene Radioempfänger und WLAN-fähige Geräte.
- Im dritten Block werden die Befragten gebeten, sich dazu zu äußern, ob sie Hilfe von Verwandten, Freunden und Nachbarn und damit aus ihrem persönlichen Umfeld erwarten, welche Stellen sie im Falle eines Hilfe- und Informationsbedarfs aufsuchen würden und wie sie die Wichtigkeit unterschiedlicher öffentlicher Hilfeleistung beurteilen.
- In einem vierten Themenblock werden die Befragten zu ihrer Bereitschaft zur Hilfeleistung befragt. Es soll in Erfahrung gebracht werden, ob, in welcher Weise und gegenüber welchen Personenkreisen Hilfebereitschaft besteht.
- Der Fragebogen schließt mit Angaben zur Person wie Geschlecht, Alter und Erwerbsstatus. Diese personenbezogenen Angaben dienen dem besseren Verständnis der Antworten in den vorangehenden Themenblöcken.

3.4 Durchführung

Die Befragungen in den Bürgerämtern wurden in der Regel durch gemischte Zweierteams durchgeführt. Alle eingesetzten Interviewerinnen und Interviewer waren mit dem Projekt und dem Fragebogen vertraut und haben an einer

Interviewer-Schulung teilgenommen. Es handelte sich um wissenschaftliche und studentische Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter¹.

Die Befragung fand während der regulären Öffnungszeiten der Bürgerämter statt. Diese variieren nach Wochentag und beginnen frühestens um 8:00 Uhr und enden spätestens um 18:00 Uhr. Je nach Besucheraufkommen hielten sich die Interviewer zwischen zwei und sieben Stunden in den Bürgerämtern auf.

Die Interviewerinnen und Interviewer waren angehalten, grundsätzlich alle Besucher der Bürgerämter anzusprechen, sobald sich diese orientiert und einen Wartebereich gewählt haben. Ausgenommen waren Personen, die ihrem äußeren Anschein nach nicht in der Lage schienen, an der Befragung teilzunehmen. Dies waren in erster Linie Personen mit augenscheinlichen psychischen Auffälligkeiten.

Etwa zwei Drittel der angesprochenen Personen haben sich beteiligt und einen Fragebogen ausgefüllt. Die Interviewerinnen und Interviewer haben in ihren Berichten reflektiert, ob sich bestimmte Besuchergruppen besonders stark bzw. schwach an der Befragung beteiligt haben und durch eine solche Selbstselektion eine systematische Verzerrung der gewonnenen Ergebnisse zu befürchten wäre. Hierfür gibt es keine Anhaltspunkte. Grund für eine Ablehnung war in erster Linie Zeit- bzw. Termindruck sowie Desinteresse an dem Thema.

Die Interviewten wurden gebeten, den Fragebogen alleine auszufüllen. Dadurch sollte eine Einflussnahme auf das Antwortverhalten verhindert werden. Sofern dies ausdrücklich erwünscht wurde, was selten der Fall war, haben die Interviewerinnen und Interviewer beim Ausfüllen des Fragebogens geholfen. So wurden etwa einigen älteren Personen die Fragen vorgelesen. Sofern Nachfragen bestanden, haben die Interviewer darauf geachtet, „neutral“ zu antworten und den Eindruck zu vermeiden, es gäbe ein erwünschtes Antwortverhalten. In der Regel wurden die Fragen lediglich neu formuliert.

Die Teams waren mit Fragebögen in deutscher, türkischer und englischer Sprache, Projektflyern, der Broschüre des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe „Für den Notfall vorgesorgt“² sowie kleinen LED Taschenlampen mit aufgedrucktem Projektlogo ausgestattet. Die Streuartikel wurden nach Rückgabe des Fragebogens übergeben.

¹ Sarah Geißler, Josephin Gloede, Carlis Horn, Julian Illgner, Julian Röpcke, Benedikt Schweer, Birgitta Sticher, Anna Will

² http://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren_Flyer/Brosch_FdN.html

Viele angesprochene Bürgerinnen und Bürger reagierten positiv auf das Anliegen des Projekts und nach Abgabe der Fragebögen kam es wiederholt zu Nachfragen und kurzen Diskussionen.

3.5 Prüfung, Erfassung, Aufbereitung und Verarbeitung der Daten

Sämtliche ausgefüllten Fragebögen wurden auf Vollständigkeit geprüft. Nicht in den Datensatz übernommen wurden Bögen, bei denen mehr als die Hälfte der Fragen unbeantwortet geblieben ist. Bei 13 Fragebögen war dies der Fall. Insgesamt konnten somit 800 Fragebögen bzw. Fälle in den Datensatz einfließen.

Die Daten wurden an der HWR mit Hilfe einer Eingabemaske in eine Datenbank eingegeben. Beteiligt waren drei Personen, die sich zum Zwecke der Qualitätssicherung wechselseitig überprüften, indem eingegebene Daten und zugrundeliegender Fragebogen stichprobenartig abgeglichen wurden.

Antworten auf geschlossene Fragen wurden kodiert, Antworten auf offene Fragen zunächst im Volltext eingegeben. Diese wurden im Rahmen eines diskursiven Abstimmungsverfahrens systematisiert und soweit möglich nachträglich kodiert.

Die Datenauswertung und -analyse erfolgte mit Hilfe des Programms IBM SPSS Statistics. Im Zuge dieser Arbeiten wurden einzelne Variablenwerte zusammengeführt und punktuell neue Variablen gebildet. Insbesondere wurden auf der Basis von Postleitzahlen „bezirksnahe Wohngebiete“ definiert. Diese umfassen den jeweiligen Untersuchungsbezirk und angrenzende Quartiere. Da die Postleitzahlen der Wohnadressen erhoben wurden, konnten in einem zweiten Schritt diejenigen zusammengefasst werden, die in den bezirksnahen Wohngebieten Mitte, Steglitz-Zehlendorf oder Lichtenberg wohnen.

4 Betrachtung der Stichprobe im Hinblick auf den gewählten methodischen Ansatz

Wie in Kapitel 2 ausgeführt, wurde keine Repräsentativität angestrebt. Vielmehr sollte die Stichprobe die in der Bevölkerung Berlins vorhandene sozialstrukturelle und soziokulturelle Vielfalt abbilden. Entsprechend wurde die Befragung geplant und durchgeführt (vgl. Kapitel 3).

Durch einen Abgleich der Verteilung zentraler demographischer Merkmale in der Stichprobe und in der Bevölkerung lässt sich überprüfen, ob dies gelungen ist. Bestehen keine gravierenden Unterschiede, ist dies ein Hinweis darauf, dass das Sample die oben genannten Kriterien erfüllt und die in der Bevölkerung anzutreffende Vielfalt von Meinungen, Erfahrungen und Einschätzungen für die Befragung erschlossen werden konnten. Da die Annahme in das Design der Studie eingeflossen ist, dass quartierspezifische Unterschiede bestehen, wird diese Überprüfung nach den drei unterschiedlichen „bezirksnahen Wohngebieten“ durchgeführt (vgl. 3.5). Dies hat zur Folge, dass sich die verglichenen Räume leicht unterscheiden: Bevölkerungsstatistiken orientieren sich an den bezirklichen und damit verwaltungsmäßigen Grenzen, „bezirksnahe Wohngebiete“ reichen punktuell über diese Grenzen hinaus und orientieren sich an realen Einzugs- und Bezugsgebieten. Von einer sehr hohen Übereinstimmung der ausgewiesenen demographischen Merkmale ist daher nicht auszugehen.

4.1 Abgleich der Verteilung zentraler demographischer Merkmale

1.1.1 Geschlecht

Hinsichtlich des quantitativen Geschlechterverhältnisses bestehen Abweichungen zwischen der Stichprobe und Gesamtbevölkerung der Bezirke (vgl. Tabelle 2). Der Anteil der weiblichen Personen ist in den Erhebungsdaten tendenziell höher als in den Bevölkerungsdaten. Mögliche Erklärungen sind die schulferienbedingt stärkere Präsenz von Frauen in den Bürgerämtern und/oder ihre höheren Teilnahmebereitschaft an der Befragung. Männer sind jedoch nicht in einem Maße unterrepräsentiert, dass zu befürchten wäre, dass in der Stichprobe männertypische Sichtweisen und Haltungen nicht hinreichend abgebildet sein könnten.

4.1.1 Alter

Die befragten Personen wurden gebeten, sich einer Altersgruppe, die jeweils circa 10 Altersjahre umfasst, zuzuordnen. Das genaue Alter wurde somit nicht erfragt und es ist nur ein grober Abgleich mit den Bevölkerungsdaten möglich (vgl. Tabelle 2).

Ausweislich der aktuellen Mikrozensusdaten ¹ hat Mitte mit einem Durchschnittsalter von 39,2 Jahren die jüngste Bevölkerung. Es folgen Lichtenberg mit 43,3 und Steglitz-Zehlendorf mit 46,1 Jahren. Dies deckt sich in soweit mit den erhobenen Daten, als die Befragten aus Wedding die jüngste und die Befragten aus Steglitz-Zehlendorf die älteste Gruppe sind.

| | <i>Steglitz-Zehlendorf</i> | | <i>Mitte</i> | | <i>Lichtenberg</i> | |
|---|----------------------------|-----------------|-----------------------|-----------------|-----------------------|-----------------|
| | Bevölkerungsstatistik | Bürgerbefragung | Bevölkerungsstatistik | Bürgerbefragung | Bevölkerungsstatistik | Bürgerbefragung |
| Anteil weibliche Personen | 54% | 58% | 49% | 48% | 51% | 58% |
| Haushaltsgröße | 1,8 Personen | 2,5 Personen | 1,7 Personen | 2,6 Personen | 1,7 Personen | 2,4 Personen |
| ausländische Staatsbürgerschaft bzw. ausl. Herkunft | 11,7% | 14,0% | 27,7% | 32,8% | 7,6% | 11,2% |
| Erwerbslosenanteil | 9,7% | 7,9% | 12,6% | 14,6% | 10,7% | 7,6% |

Tabelle 2

4.1.2 Haushaltsgröße

Die durchschnittliche Haushaltsgröße der befragten Personen ist durchgängig größer als die im Mikrozensus ausgewiesenen durchschnittlichen Haushaltsgrößen (vgl. Tabelle 2).² Gründe hierfür könnten sein, dass Personen,

¹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012): Statistischer Bericht – Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2012, S. 7

² Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012): Privathaushalte im Land Berlin 2012 nach Bezirken und Haushaltsgröße.

die in Wohngemeinschaften leben, statistisch als „Einpersonenhaushalte“ erfasst werden und auch die Modalitäten beim Bezug von Wohngeld und Sozialleistungen dazu führen, dass die Zahl der im gleichen Haushalt lebenden Personen bei „offiziellen“ Befragungen geringer ausfällt. Für solche stichprobenunabhängigen strukturellen Gründe spricht der Umstand, dass die erhobenen durchschnittlichen Haushaltsgrößen fast konstant um 0,7 bis 0,9 Personen größer sind.

4.1.3 Erwerbsintegration

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2012 liegt der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in Steglitz-Zehlendorf bei 41,7%, in Mitte bei 47,4% und in Lichtenberg bei 49,3%.¹ Die vergleichbaren Werte bei den im Rahmen der Bürgerbefragung erhobenen Daten liegen bei 55%, 47% und 60%. Die selbst berichtete Erwerbsintegration ist demnach tendenziell höher.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag der Erwerbslosenanteil im August 2013 in Steglitz-Zehlendorf bei 9,7%, in Mitte bei 12,6% und in Lichtenberg bei 10,7%.² Die entsprechenden Werte bei den im Rahmen der Bürgerbefragung erhobenen Daten liegen bei 7,9%, 14,6% und 7,6%. Die selbst berichtete Erwerbslosigkeit ist demnach tendenziell niedriger (vgl. Tabelle 2).

Ein Grund für diese Differenzen könnte darin zu suchen sein, dass erwerbslos gemeldete Personen in der Befragung die Kategorien „Hausfrau / Hausmann“ oder „in Teilzeit erwerbstätig“ gewählt haben.

4.1.4 Migrationshintergrund

Die Bevölkerungsstatistik erfasst „Nationalität“, d.h. Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bilden die Gruppe der Ausländer. In der Befragung wurde nach Herkunft gefragt, d.h. nach einer Selbstverortung unabhängig von der Frage der Staatsbürgerschaft.

https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Statistiken/ausgewaehlte-auswertungen/AA_122_0002_2013_BE.xls

¹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012): Bevölkerung und Erwerbstätige im Land Berlin 2012 nach Bezirken, Geschlecht und monatlichem Nettoeinkommen. https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/ausgewaehlte-auswertungen/AA_122_0036_2013_BE.xls

² Bundesagentur für Arbeit (2013): Der Arbeitsmarkt in Berlin und der Region Berlin-Brandenburg. Monatsbericht für August. S.12

Entsprechend sind die Anteile der Befragten, die angegeben haben, nicht-deutscher Herkunft zu sein, durchgängig höher die Anteile der Nichtdeutschen in der Bevölkerungsstatistik (vgl. Tabelle 2).¹ Für Steglitz-Zehlendorf liegen die Werte bei 14% bzw. 11,7%, für Mitte bei 33% bzw. 27,7% und für Lichtenberg bei 11% bzw. 7,6%.

4.2 Beurteilung der Stichprobe

Der Abgleich der Verteilung zentraler demographischer Merkmale in der Stichprobe und in der Bevölkerung lässt Unterschiede erkennen. Wo diese verhältnismäßig groß sind, dürfte dies damit erklärbar sein, dass die erfassten Personen im Rahmen der Bürgerbefragung einer leicht abweichenden Antwortlogik gefolgt sind – so etwa bei Angabe zur Herkunft. Weiter fällt auf, dass die Erhebungsdaten, etwa zur Erwerbslosigkeit, bezirkliche Unterschiede bei den Bevölkerungsdaten bestätigen. Und insbesondere ist zu betonen, dass der Vergleich keine Hinweise auf extreme Unterrepräsentierungen bestimmter Gruppen erbracht hat.

Bei aller Vorsicht legen diese Ergebnisse die Einschätzung nahe, dass die Stichprobe keine gravierenden Verzerrungen aufweist, die bestehende sozialstrukturelle und soziokulturelle Diversität abbildet und durch die Befragungsergebnisse die in der Bevölkerung anzutreffende Vielfalt von Meinungen, Erfahrungen und Einschätzungen hinsichtlich der Hilfeerwartungen, des Hilfebedarfs und der Hilfebereitschaft erschlossen werden können.

¹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012): Statistischer Bericht – Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2012. S.30 ff.

5 Ergebnisse der Bürgerbefragung

Die durch die Befragung erreichten Bürgerinnen und Bürger sind kein repräsentativer Ausschnitt der Berliner Bevölkerung. Durch die gezielte Auswahl der Befragungsorte und -zeiten konnte jedoch hinreichend sichergestellt werden, dass ein Querschnitt der Berliner Bevölkerung einbezogen und die bestehende Bandbreite unterschiedlicher sozialer Lagen und Lebensstile abgebildet werden konnte.¹ Die Auswertung der Befragungsergebnisse kann insofern keine Auskunft über den Hilfebedarf, die Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft *der* Berliner Bevölkerung geben. Aber sie informiert über die Hilfebedarfe, Hilfeerwartungen und Hilfebereitschaften, wie sie *in* der Berliner Bevölkerung anzutreffen sind. Die Situation in ländlichen und kleinstädtischen Regionen dürfte sich von der in Berlin unterscheiden, die in anderen deutschen Großstädten ähnlich sein.

Die methodische Anlage der Befragungsstudie hat Auswirkungen auf die Datenauswertung und die nachfolgende Ergebnisdarstellung. In einem ersten Schritt werden jeweils die Häufigkeitsverteilungen, die sich aus dem gesamten Datensatz ergeben, vorgestellt und interpretiert. Da die Untersuchungsgruppe durch gezieltes Sampling entstanden ist, kommt jedoch der Herausarbeitung von Teilgruppen, die sich in erkennbarer und insbesondere statistisch signifikanter Weise unterscheiden, eine besondere Bedeutung zu. Dies erfolgt in einem zweiten Schritt, in dem die Befragungsergebnisse systematisch daraufhin geprüft werden, ob gruppenspezifische Unterschiede hinsichtlich Hilfebedarf, -erwartung und -bereitschaft bestehen. Gibt es beispielsweise beim Zugang Jüngerer zu WLAN-fähigen Mobilgeräten Unterschiede im Vergleich zu anderen Altersgruppen? Haben erwerbstätige Personen mittleren Alters andere Hilfeerwartungen an staatliche Stellen als andere Statusgruppen? Nimmt bei Studierenden die Hilfebereitschaft mit der räumlichen Entfernung von den Hilfesuchenden ebenso ab, wie bei anderen Gruppen?

Um den Bericht nicht mit umfangreichen Kreuztabellen und Signifikanzprüfungen zu überfrachten, wird jeweils unter der Überschrift „Fokusgruppen“ gezielt auf Ergebnisse der Datenauswertung eingegangen, die auf gruppenspezifische Besonderheiten hindeuten bzw. diese – entgegen möglicher Erwartungen – nicht erkennen lassen.

- Solche Fokusgruppen wurden entlang folgender Variablen konstruiert: Alter, Geschlecht, Migration, Wohnbezirk und Wohndauer.
- Zusätzlich wurden gezielt Gruppen untersucht, die Merkmale aufweisen, von denen anzunehmen ist, dass sie Auswirkungen auf den Hilfebedarf,

¹ Vgl. Kap. 4

die Hilfeerwartung und die Hilfebereitschaft haben könnten: Personen mit Kindern im eigenen Haushalt, Studenten, Erwerbstätige im mittleren Alter.

- Und schließlich wurden Befragte, die besonders hohe Hilfebereitschaft geäußert haben, mit Befragten kontrastiert, die eine besonders geringe Bereitschaft erkennen ließen, anderen im Falle eines anhaltenden Stromausfalls zu helfen.

5.1 Hilfebedarf

5.1.1 Erhöhte Vulnerabilität

Ein anhaltender Stromausfall wirkt sich auf sämtliche Lebensbereiche aus und Ausfälle können nicht oder nur unvollständig kompensiert werden. Insofern ist grundsätzlich von einer hohen Vulnerabilität der betroffenen Bevölkerung auszugehen. Allerdings sind Differenzierungen nötig. So dürfte bei Personen, deren Wohnung im 4. Stockwerk und darüber liegt oder die körperlich eingeschränkt sind, je nach Umständen, eine noch deutlich erhöhte Vulnerabilität bestehen.

5.1.1.1 Wohnen in oberen Stockwerken

Besondere Belastungen würde ein Stromausfall für die Bewohner von Wohnungen mit sich bringen, die in der 4. Etage und höher liegen. Durch den Ausfall von Fahrstühlen wäre deren Mobilität unter Umständen erheblich eingeschränkt und Hilfeleistungen könnten einen größeren Aufwand erfordern. Zudem ist damit zu rechnen, dass ab diesem Stockwerk die Wasserversorgung und in der Folge auch die Wasserentsorgung ausfallen.

29% der Befragten gaben an, im 4. Stockwerk oder höher zu wohnen.¹ Fast drei von zehn leben demnach in Umständen, die zu einer deutlichen Steigerung der Betroffenheit durch einen Stromausfall führen können.

5.1.1.2 körperliche Einschränkungen

Körperliche Einschränkungen können bei einem Stromausfall rasche und auch professionelle Hilfeleistungen erforderlich machen und somit zu einer deutlichen Erhöhung der Vulnerabilität führen. Zudem muss davon ausge-

¹ Die angegebenen Prozentwerte beziehen sich auf die jeweils gültigen Antworten. Auf punktuelle Abweichungen hiervon wird an der gegebenen Stelle hingewiesen.

gangen werden, dass eine hohe individuelle Vulnerabilität zu einer Verringerung der Helfefähigkeit führt.

26% der Befragten gaben an, körperlich eingeschränkt zu sein. Bei dieser Gruppe ist grundsätzlich von einer erhöhten Vulnerabilität im Falle eines anhaltenden Stromausfalls auszugehen. Diese Feststellung bedarf jedoch einer Relativierung, denn die Befragten sehen sich in erster Linie deshalb körperlich eingeschränkt, weil sie regelmäßig Medikamente benötigen und auf diese angewiesen sind (vgl. Tabelle 3). Tendenziell ist somit eher von einer latenten als einer mit dem Stromausfall akut erhöhten Vulnerabilität auszugehen, da außergewöhnliche bzw. gravierende körperliche Beschwerden erst eintreten dürften, wenn die Medikamentenvorräte aufgebraucht sind und nicht ergänzt werden können.

| <i>Ich ...</i> | |
|--|-------|
| bin regelmäßig auf Medikamente ¹ angewiesen. | 95,7% |
| benötige mindestens einmal wöchentlich medizinische Betreuung. | 5,8% |
| bin angewiesen auf medizinisch-elektrische Geräte (z.B. Beatmungsgerät, Dialyseapparat). | 2,4% |
| bin nur eingeschränkt mobil (Rollator, bettlägerig etc.). | 1,9% |

n = 207

Tabelle 3

16% der Befragten gaben an, dass wenigstens eine weitere Person in ihrem Haushalt körperlichen Einschränkungen unterliegt, die auch hier überwiegend mit einem regelmäßigen Medikamentenbedarf in Zusammenhang gestellt wird (vgl. Tabelle 4). Gleichwohl ist auch hier von einer latent erhöhten Vulnerabilität auszugehen, da intensive Betreuungs-, Pflege- und Hilfeleistungen erforderlich werden könnten.

¹ Um welche Medikamente es sich handelt, wurde nicht erhoben.

| <i>Eine weitere in meinem Haushalt lebende Person ...</i> | |
|--|-------|
| ist regelmäßig auf Medikamente angewiesen. | 96,8% |
| benötigt mindestens einmal wöchentlich medizinische Betreuung. | 5,6% |
| ist angewiesen auf medizinisch-elektrische Geräte (z.B. Beatmungsgerät, Dialyseapparat). | 4,0% |
| ist nur eingeschränkt mobil (Rollator, bettlägerig etc.). | 8,7% |
| n = 126 | |

Tabelle 4

Besteht eine gesundheitliche Belastung bei der eigenen Person und lebt darüber hinaus eine weitere gesundheitlich eingeschränkte Person im gleichen Haushalt, ist von einer potenziell besonders hohen Vulnerabilität und einem möglicherweise stark erhöhten Hilfebedarf auszugehen. Eine solche Situation ist bei 8% der Befragten gegeben. In der großen Mehrheit dieser Fälle benötigt sowohl die befragte Person als auch eine im Haushalt lebende weitere Person regelmäßig Medikamente.

5.1.1.3 Fokusgruppen

- *Alter*

Zwischen der Stockwerklage der Wohnung und Alter¹ besteht kein Zusammenhang. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Ältere in tiefere Stockwerke ziehen, um mögliche Mobilitätseinschränkungen zu kompensieren.

Dagegen nimmt die Wahrscheinlichkeit einer körperlichen Einschränkung mit steigendem Alter zu. Über 60-Jährige sind hochsignifikant² öfter von eigenen als auch von gesundheitlichen Einschränkungen im Haushalt lebender Personen betroffen.

¹ Die Befragten wurden in drei Altersgruppen unterteilt: bis einschließlich 30-Jährige, 31 bis einschließlich 60-Jährige sowie über 60-Jährige.

² In der vorliegenden Studie wird bei $p \leq 0,05$ von einem signifikanten, bei $p \leq 0,001$ von einem hochsignifikanten Zusammenhang gesprochen. Unter dieser Voraussetzung wird das Ergebnis als „überzufällig“ bewertet; eine Aussage zur Stärke des Zusammenhangs ist damit jedoch nicht verbunden. Zur Anwendung kamen der Kruskal-Wallis-Test sowie Mittelwertvergleiche.

5.1.1.4 Ergebnisse im Überblick

- Ein nicht unerheblicher Teil der Befragten – etwa 26% - sieht sich als gesundheitlich eingeschränkt. Etwa 15% leben mit einer Person in häuslicher Gemeinschaft, die (ebenfalls) gesundheitlich eingeschränkt ist. Dies muss bei der Abschätzung des Hilfebedarfs und Hilfepotenzials beachtet werden.
- Wenn eine regelmäßige ärztliche Betreuung erforderlich ist, medizinisch-technische Geräte lebensnotwendig sind oder Mobilitätseinschränkungen bestehen, kann von einer stark erhöhten Vulnerabilität ausgegangen werden. Bei etwa 5% der Befragten ist dies gegeben, da sie selbst und/oder eine im Haushalt lebende Person entsprechend betroffen ist.
- Fast ein Viertel der Befragten gibt an, regelmäßig Medikamente zu benötigen. Außergewöhnliche bzw. gravierende körperliche Beschwerden dürften in der Regel erst eintreten, wenn die Medikamentenvorräte aufgebraucht sind. Die Frage, ob bei dieser großen Gruppe von einer erhöhten Vulnerabilität auszugehen ist, muss daher differenziert beantwortet werden.
- Ältere Menschen sind besonders vulnerabel, denn gesundheitliche Einschränkungen der eigenen Person sowie bei Personen, die dem Haushalt angehören, sind vergleichsweise häufig. Wenn ältere Menschen in einem höheren Stockwerk leben, ist von einer weiter erhöhten Vulnerabilität auszugehen. Auf Überschneidungen bei diesen vulnerabilitätssteigernden Umständen ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

5.1.2 Vorräte im Haushalt

Im Haushalt befindliche Vorräte können im Falle eines anhaltenden Stromausfalls den Eintritt schädigender Folgen verzögern und somit abfedern. Sie stärken die Resilienz der Personen, die dem Haushalt angehören.

5.1.2.1 Getränke und Lebensmittel

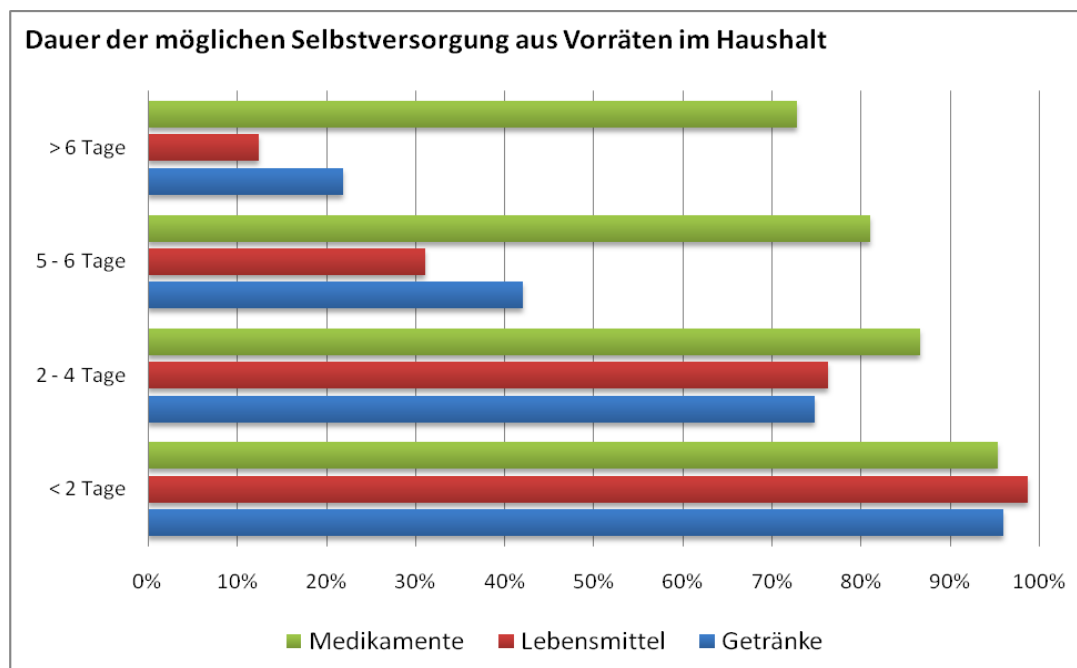
Über 95% der Befragten gaben an, über einen Vorrat an Getränken (Wasser, Säfte usw.) sowie kalt verzehrbaren Lebensmitteln (Brot, Obst, Konserven usw.) zu verfügen. Allerdings wird die Dauer einer möglichen Versorgung aus diesen Vorräten sehr unterschiedlich beurteilt. Nach Einschätzung der Betrof-

fenen kommt es für eine Zeitspanne von bis zu 4 Tagen zu keinen gravierenden Engpässen. Weniger als ein Fünftel glaubt jedoch, über Vorräte für 6 Tage und länger zu verfügen. (Vgl. Tabelle 5 und Grafik 1)

| Die folgenden Vorräte in meinem Haushalt reichen für ... | <i>Getränke (Mineralwasser, Säfte etc.)</i> | <i>Lebensmittel, die kalt gegessen werden können (Brot, Konserven, Obst etc.)</i> | <i>wichtige Medikamente (falls benötigt)</i> |
|---|---|---|--|
| 1 bis 2 Tage | 96,0% | 98,7% | 95,4% |
| 3 bis 4 Tage | 74,8% | 76,3% | 86,7% |
| 5 bis 6 Tage | 42,1% | 31,1% | 81,0% |
| länger als 6 Tage | 21,9% | 12,4% | 72,8% |
| | <i>n = 789</i> | <i>n = 768</i> | <i>n = 459</i> |

Tabelle 5

Problematisch ist auch der Umstand, dass die Getränkevorräte von Bewohnern der oberen Stockwerke (vierte Etage und höher) signifikant geringer sind als die der unteren Stockwerke. Sie könnten somit den wahrscheinlichen Ausfall der Wasserversorgung nur unzureichend kompensieren.



Grafik 1

5.1.2.2 *Medikamente*

Etwa 65% der Befragten gaben an, regelmäßig Medikamente zu benötigen. Nur bei dem kleineren Teil dürfte jedoch eine ernsthafte Erkrankung vorliegen, da sich insgesamt nur ein Viertel der Befragten als körperlich eingeschränkt betrachtet (s.o.).

Werden Medikamente benötigt, verfügen die Betroffenen in der Regel über einen Vorrat. Über 70% der Betroffenen gehen davon aus, sich für wenigstens 6 Tage versorgen zu können. (Vgl. Tabelle 5 und Grafik 1)

5.1.2.3 *Fokusgruppen*

- *Alter*

Zwischen der Bevorratung von Lebensmitteln, Getränken und Medikamenten und Alter besteht ein Zusammenhang. Die Vorräte der über 60-Jährigen reichen (nach eigener Einschätzung) länger als die Jüngerer. Der Zusammenhang ist bei Getränken und Lebensmittel hochsignifikant, bei Medikamenten signifikant.

- *Herkunft*

Etwa 4% der Befragten gaben an, türkischer Herkunft, weitere 2% polnischer Herkunft zu sein. Darüber hinaus wurden 45 weitere Herkunftsländer genannt. Befragte mit ausländischer Herkunft bilden somit eine äußerst heterogene Gruppe und bei genauerer Betrachtung ist das einzige eindeutige gemeinsame Merkmal die Angabe, nicht aus Deutschland zu stammen. Es handelt sich somit um eine Selbstdefinition, die keine klaren Rückschlüsse auf Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsdauer in Deutschland oder Integrationsgrad ermöglicht.

Bei der Datenauswertung zeigt sich allerdings, dass Befragte mit ausländischer Herkunft über geringere Vorräte an Getränken, Lebensmitteln und Medikamenten verfügen. Dieser Unterschied ist signifikant bzw. hochsignifikant.

- *Studentinnen und Studenten*

Auch bei dieser Befragtengruppe reichen die bevorrateten Lebensmittel und Getränke nur für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum. Diese Abweichung ist hochsignifikant bzw. signifikant.

5.1.2.4 Ergebnisse im Überblick

- Die Befragten verfügen im eigenen Haushalt fast durchgängig über Vorräte an Getränken, Essen und benötigten Medikamenten.
- Die Dauer einer möglichen Selbstversorgung ist jedoch begrenzt. Etwa 42% der Befragten gehen davon aus, sich 5 Tage und länger mit Getränken versorgen zu können. Bei Lebensmitteln sind dies nur 31%. Auf der Basis dieser Daten ist davon auszugehen, dass nach 4 Tagen erhebliche Versorgungslücken auftreten und Hilfeleistungen erforderlich würden.
- Die Vorräte der über 60-Jährigen sind tendenziell am größten. Die erhöhte Vulnerabilität dieser Altersgruppe wird dadurch partiell aufgewogen.
- Studenten und Personen mit Migrationshintergrund verfügen über vergleichsweise geringe Vorräte.
- Die Vorräte an benötigten Medikamenten reichen bei 81% der Betroffenen für wenigstens 6 Tage. Im Falle eines länger anhaltenden Stromausfalls würde es demnach nur punktuell zu Versorgungsengpässen kommen.

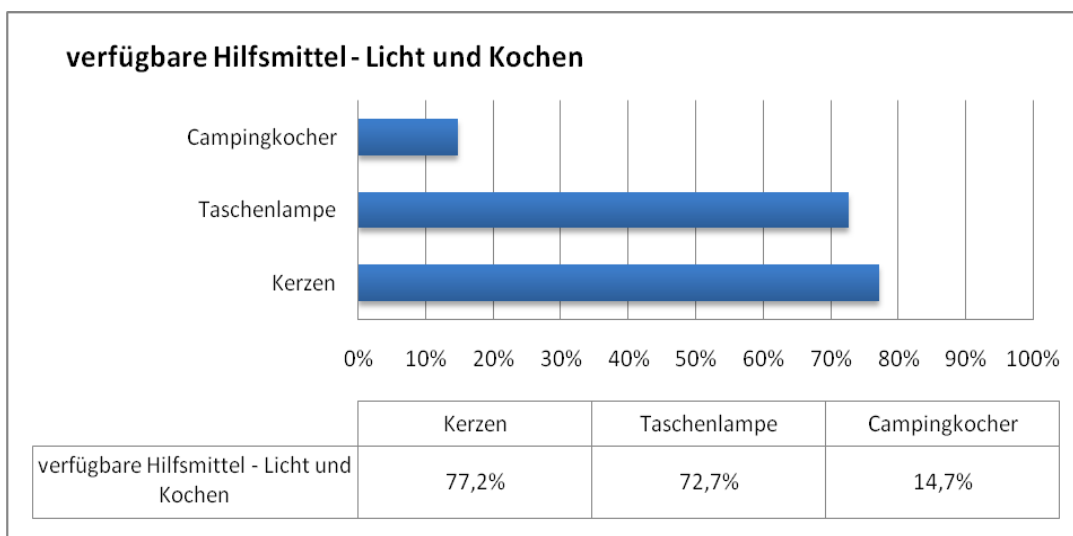
5.1.3 Verfügbare Hilfsmittel und Geräte

Im Haushalt befindliche Hilfsmittel, verfügbare Fahrzeuge und Geräte zur drahtlosen Kommunikation können die Folgen eines anhaltenden Stromausfalls abmildern. Zugleich können insbesondere Kommunikationsmittel die Zuführung der erforderlichen Hilfe erleichtern und auch die Selbsthilfefähigkeit stärken.

5.1.3.1 Licht und Kochen

Über 70% der Befragten verfügen über größere Vorräte an Kerzen und/oder batterie- bzw. dynamobetriebene Lampen. Im Falle eines Stromausfalls sind folglich in der Mehrzahl der Haushalte die Voraussetzungen für eine rasche netzunabhängige Beleuchtung gegeben. Allerdings handelt es sich lediglich um eine Notbeleuchtung und die Einschränkungen würden mit der Dauer des Stromausfalls absehbar zunehmen (vgl. Grafik 2).

Mit Gas oder anderen Brennstoffen betriebene mobile Kocher sind wenig verbreitet. Weniger als 15% der Befragten gaben an, im eigenen Haushalt über ein solches Gerät zu verfügen.

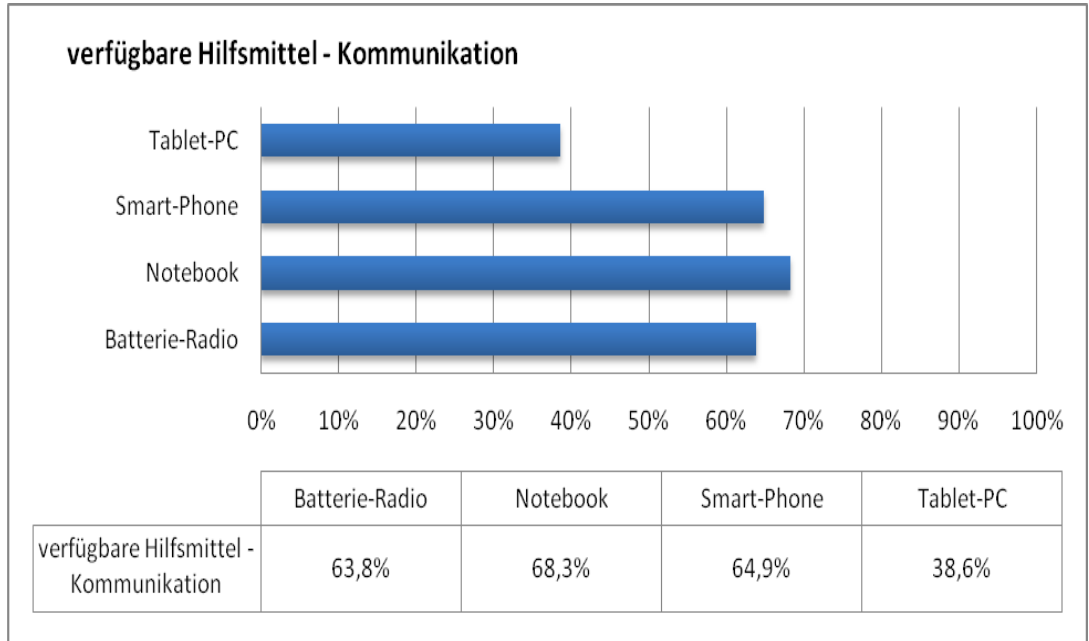


Grafik 2

5.1.3.2 Information und Kommunikation

Im Fall eines großflächigen anhaltenden Stromausfalls können Informationen mit vergleichsweise geringem Aufwand über das Radio verbreitet werden. Allerdings bedarf es geeigneter Empfänger und die Verbreitung batteriebetriebener Geräte ist hier von kritischer Bedeutung. Rund 64% der Befragten gaben an, über ein batteriebetriebenes Radio bzw. ein Mobiltelefon mit Radiofunktion zu verfügen (vgl. Grafik 3). Wenn man davon ausgeht, dass Befragte Autoradios nicht berücksichtigt haben, dürfte der tatsächliche Anteil noch höher sein.

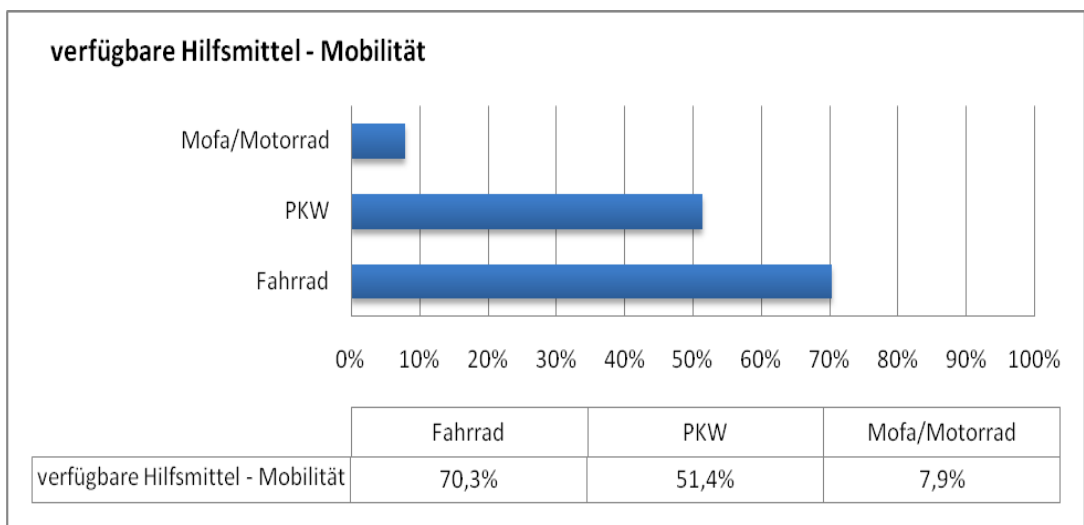
Höher ist die Verbreitung mobiler WLAN-fähiger Endgeräte. Über ein Notebook verfügen 68%, über ein Smartphone 65% und über einen Tablet-PC 39% der Befragten. Über eines dieser Geräte verfügen 85%, über alle drei Geräte etwa 25% der Personen, die sich an der Befragung beteiligt haben.



Grafik 3

5.1.3.3 Mobilität

Ein flächendeckender Stromausfall wird unmittelbare gravierende Auswirkungen auf den Verkehr haben. Der Schienenverkehr wird zum Erliegen kommen. Beim motorisierten Straßenverkehr dürfte es nach einer Phase weitgehenden Stillstands unter anderem auf Grund von Fahrverboten zu erheblichen Einschränkungen kommen. Fahrräder könnten in dieser Situation in nicht geringem Maße zur Stabilisierung der Mobilität im Wohnumfeld beitragen. Private PKW könnten zudem die Selbsthilfefähigkeit stärken, wenn damit hilfebedürftige Personen oder Hilfsgüter transportiert würden.



Grafik 4

Die Befragungsergebnisse lassen auf einen hohen Verbreitungsgrad von Fahrrädern (70%) schließen (vgl. Grafik 4). Ein deutlich kleinerer Anteil, nämlich 51% der Befragten, hat Zugang zu einem PKW.¹ Mofas und Motorräder sind mit 8% wenig verbreitet. Insg. ist davon auszugehen, dass die Ausstattung der Haushalte mit privaten Fahrzeugen für Maßnahmen und Ansätze der Selbsthilfe hinreichend ist.

5.1.3.4 Fokusgruppen

- *Alter*

Die Verfügbarkeit von WLAN-fähigen Endgeräten und insbesondere Smartphones nimmt mit zunehmendem Alter stark ab. 80% der unter 31-Jährigen besitzen ein Smartphone; bei den über 70-Jährigen sind es unter 10% (vgl. Tabelle 6). Unter 30-Jährige verfügen hochsignifikant häufiger über Smartphones als ältere Befragte.

| Verfügbarkeit von Smartphones | < 18 Jahre | 18 - 30 Jahre | 31 - 40 Jahre | 41 - 50 Jahre | 51 - 60 Jahre | 61 - 70 Jahre | > 70 Jahre |
|--------------------------------------|------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|------------|
| Smartphone verfügbar | 79,2% | 79,7% | 69,3% | 56,6% | 46,0% | 28,9% | 8,7% |

n = 795

Tabelle 6

- *Geschlecht*

Beim Zugang zu Smartphones bestehen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede. Hingegen verfügen befragte Frauen signifikant seltener als Männer über Notebooks und Tablet-PCs.

- *Wohnbezirk*

Bewohner des Bezirks Steglitz-Zehlendorf verfügen signifikant häufiger über Taschenlampen und Kerzenvorräte und haben einen besseren Zugang zu Fahrrädern bzw. PKW. Insoweit sind sie besser als die Bewohner der Vergleichsbezirke auf einen anhaltenden Stromausfall vorbereitet.

¹ Nach der ADAC Studie „Mobilität in Deutschland“ aus dem Jahr 2010 verfügen circa 83% aller deutschen Haushalte über wenigstens einen PKW, in Berlin trifft dies lediglich auf 56% der Haushalte zu (zitiert nach: Die Welt vom 29.6.2010).

- *Herkunft*

Die Haushalte der Befragten mit Migrationshintergrund sind hochsignifikant schlechter mit Kerzen und Taschenlampen ausgestattet und die Verfügbarkeit von Autos und Fahrrädern ist signifikant geringer. Bei der Verfügbarkeit von elektronischen Kommunikationsmitteln bestehen keine wesentlichen Differenzen.

- *Kinder im Haushalt*

Befragte, die mit Kindern zusammenleben, verfügen hochsignifikant häufiger über Fahrräder und PKW, was auf den besonderen Mobilitätsbedarf von Familien mit Kindern zurückzuführen sein dürfte. Gleiches gilt für die Ausstattung mit WLAN-fähigen Endgeräten. Ausschlaggebend hierfür ist der Umstand, dass in dieser Gruppe kaum Ältere zu finden sind.

- *Studentinnen und Studenten*

Studentinnen und Studenten verfügen erwartungsgemäß signifikant häufiger über WLAN-fähige Endgeräte als die übrigen Befragtengruppen.

5.1.3.5 Ergebnisse im Überblick

- Etwa 75% der Befragten stehen Kerzen und/oder Taschenlampen zur Verfügung. Die Voraussetzungen für eine vorübergehende und punktuelle Notbeleuchtung sind überwiegend gegeben. Allerdings bestehen bezirksspezifische Unterschiede. In Quartieren mit einer ökonomisch schlechter gestellten Bevölkerung bzw. kleineren Wohnungen dürfte es früher zu Engpässen kommen.
- Campingkocher sind nur punktuell vorhanden. Weniger als 15% der Befragten könnten sich bei Strom- und Gasausfall in ihrem Haushalt warme Mahlzeiten bereiten.
- WLAN-fähige Endgeräte sind weit verbreitet. Über 80% der Befragten verfügen über ein solches Gerät. Die überwiegend kurzen Laufzeiten dieser Geräte und der Ausfall bzw. die geringe Stabilität der Sender relativieren jedoch deren Stellenwert für die Kommunikation bei einem anhaltenden Stromausfall.
- Die Verbreitung WLAN-fähiger Endgeräte ist zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ungleich. Über technisch leistungsfähige Geräte verfügen am häufigsten jüngere Männer, Ältere am seltensten.

- Bei der Entwicklung alternativer Kommunikationsnetzwerke sollte darauf geachtet werden, dass eine breite Nutzung derzeit (noch) am besten zu erreichen ist, wenn die technischen Anforderungen an die Endgeräte gering sind.
- Batteriebetriebene Radios haben in der Regel längere Laufzeiten als mobile Rechner und Smartphones und sind netzunabhängig. Für die Verbreitung von Informationen haben sie einen hohen Stellenwert. Wenigstens 64% der Befragten verfügen über ein solches Gerät.
- 70% der Befragten verfügen über ein Fahrrad. Die Aufrechterhaltung einer kleinräumigen Mobilität erscheint gewährleistet. Etwa 50% verfügen über einen PKW. Wenn diese betankt werden könnten, würden sie die Selbsthilfefähigkeit stärken.
- Allerdings bestehen gruppenspezifische Unterschiede bei der Verfügbarkeit von Fahrrädern und PKW. In Quartieren mit einer ökonomisch schlechter gestellten Bevölkerung könnte es zu Engpässen kommen.

5.2 Hilfeerwartung

5.2.1 Informelle Hilfestrukturen

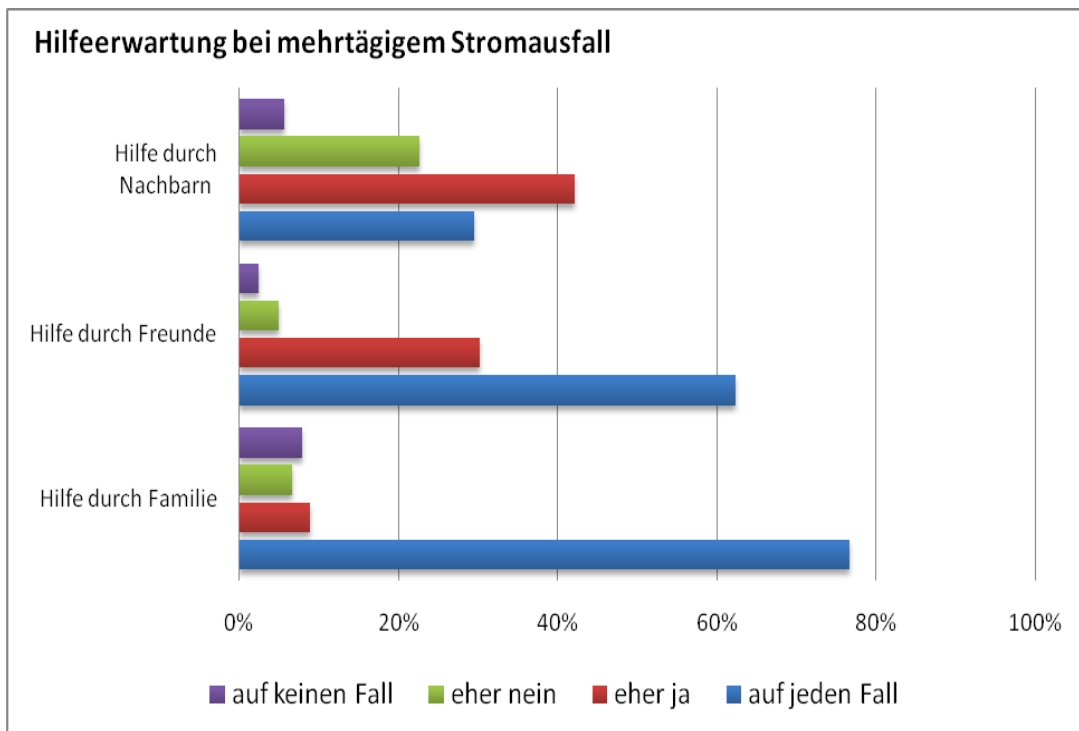
Im Fall eines mehrtätigen Stromausfalls wird es bei einer Vielzahl von Personen zu Situationen kommen, in denen Hilfe erforderlich ist oder zumindest als wünschenswert erscheint. Hilfe kann durch professionelle Kräfte geleistet werden. Sie kann auch durch nahe stehende Personen bzw. aus sozialen Netzwerken erfolgen. Manche Umstände verlangen zweifelsohne professionelle Hilfeleistungen. Ohne komplementäre informelle Hilfestrukturen wäre es jedoch nur eine Frage der Zeit, dass es zu einer Überlastung von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Notärzten kommen würde. Stabile informelle Strukturen können professionelle Kräfte erheblich entlasten. Zudem ist informelle Hilfe vorzuziehen, wo individuelle Zuwendung, Rat und Aufmerksamkeit gebraucht werden.

Die Ergebnisse der Befragung lassen darauf schließen, dass solche informellen Strukturen verbreitet bestehen und die Zuversicht, im Bedarfsfall Hilfe zu erhalten, ausgeprägt ist. Als stärkste Ressourcen werden Familienangehörige und Freunde bzw. Bekannte gesehen. Nur knapp 15% bzw. 8% der Befragten erwarten von dieser Seite (eher) keine Hilfe. Die Zuversicht, durch

Nachbarn Hilfe zu erhalten, ist weniger stark. Aber immerhin erwarten über 70% der Befragten (eher) Hilfe auch von diesem Personenkreis. (Vgl. Tabelle 7 und Grafik 5)

| Wenn ich bei einem mehrtätigem Stromausfall Hilfe benötige, erhalte ich diese von ... | <i>auf jeden Fall</i> | <i>eher ja</i> | <i>eher nein</i> | <i>auf keinen Fall</i> | <i>n</i> |
|--|-----------------------|----------------|------------------|------------------------|----------|
| meiner Familie. | 76,6% | 8,9% | 6,7% | 7,9% | 721 |
| Freunden / Bekannten. | 62,3% | 30,2% | 5,0% | 2,5% | 713 |
| Nachbarn. | 29,5% | 42,2% | 22,7% | 5,7% | 671 |

Tabelle 7



Grafik 5

Dieses recht positive Bild wird durch den Umstand relativiert, dass sich vergleichsweise viele nicht zu ihren Hilfeerwartungen an Familienangehörige (79 Personen), Freunde (87 Personen) und Nachbarn (129 Personen) geäußert haben. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Befragten keine Familienangehörigen bzw. Freunde besitzen, ihre Nachbarn nicht kennen oder sich nicht sicher waren, wie deren Hilfbereitschaft einzuschätzen ist.

Ein anhaltender Stromausfall wird zu erheblichen Einschränkungen bei der Telekommunikation und der räumlichen Mobilität jenseits des engeren Wohnumfeldes führen. Dies kann informelle Hilfestrukturen schwächen. Widerstandsfähiger dürften Hilfestrukturen sein, die von Personen getragen werden, die in geringer Entfernung zueinander leben.

Nur 36% der Befragten gaben an, dass ihre Familienangehörigen in fußläufiger Entfernung leben. Bei Freunden und Bekannten lag der entsprechende Wert bei 59% und nur bei den bis 30-Jährigen etwas höher. Insofern muss im Falle eines Stromausfalls sowohl von einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit informeller Hilfestrukturen als auch von einem hohen Telekommunikationsbedarf ausgegangen werden, denn Familienangehörige und Freunde sind die Personen, mit denen im Katastrophenfall absehbar der stärkste Kommunikationsbedarf besteht. Ein unmittelbarer „face to face“ Austausch wird jedoch nur zum kleineren Teil möglich sein.

5.2.2 Anlaufstellen für Hilfe und Information

Ein anhaltender Stromausfall wird zu erheblichen Ausfällen bei Internet und Telefon, beim Empfang von Radio und Fernsehen aber auch bei der Herstellung und dem Vertrieb von Printmedien führen. Es wird zu Einschränkungen bei der Verbreitung und dem Erhalt von Informationen aber auch bei dem Herbeirufen von Hilfe kommen. Insbesondere dürfte es kaum noch möglich sein, die Bürgerinnen und Bürger flächendeckend mit telekommunikativen Mitteln in ihren Wohnungen zu erreichen. Und diese werden kaum noch in der gewohnten Weise aus ihren Wohnungen heraus kommunizieren können. In dieser Situation können Anlaufstellen mit einer Schnittstellenfunktion einen wichtigen Beitrag für die Koordinierung von Hilfe sowie die Verbreitung und ggf. auch der Gewinnung von Informationen leisten.

Solche Anlaufstellen sollten vornehmlich dort eingerichtet werden, wo die Bürgerinnen und Bürger sie vermuten und wo Helfer im Einsatz sind, die sie als kompetent und vertrauenswürdig erachten. Die Antworten auf die Frage, wohin man gehen würde, wenn Hilfe und Informationen wegen eines Stromausfalls benötigt würden und Telefon und Notruf ausgefallen wären, ergeben ein eher diffuses Bild.

Eine große Bandbreite von Anlaufstellen erscheint aus der Sicht der Befragten geeignet. „Auf jeden Fall“ würden 36% den Hausmeister oder Hauswart, 26% den Bahnhof oder einen zentralen Platz, 25% die Polizei aufsuchen. Am unteren Ende liegen Hilfsorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Johanniter, Malteser oder Bahnhofsmmission, Kirchen oder Moscheen und Schulen. Lediglich 13% der Befragten würden Hilfsorganisationen und je-

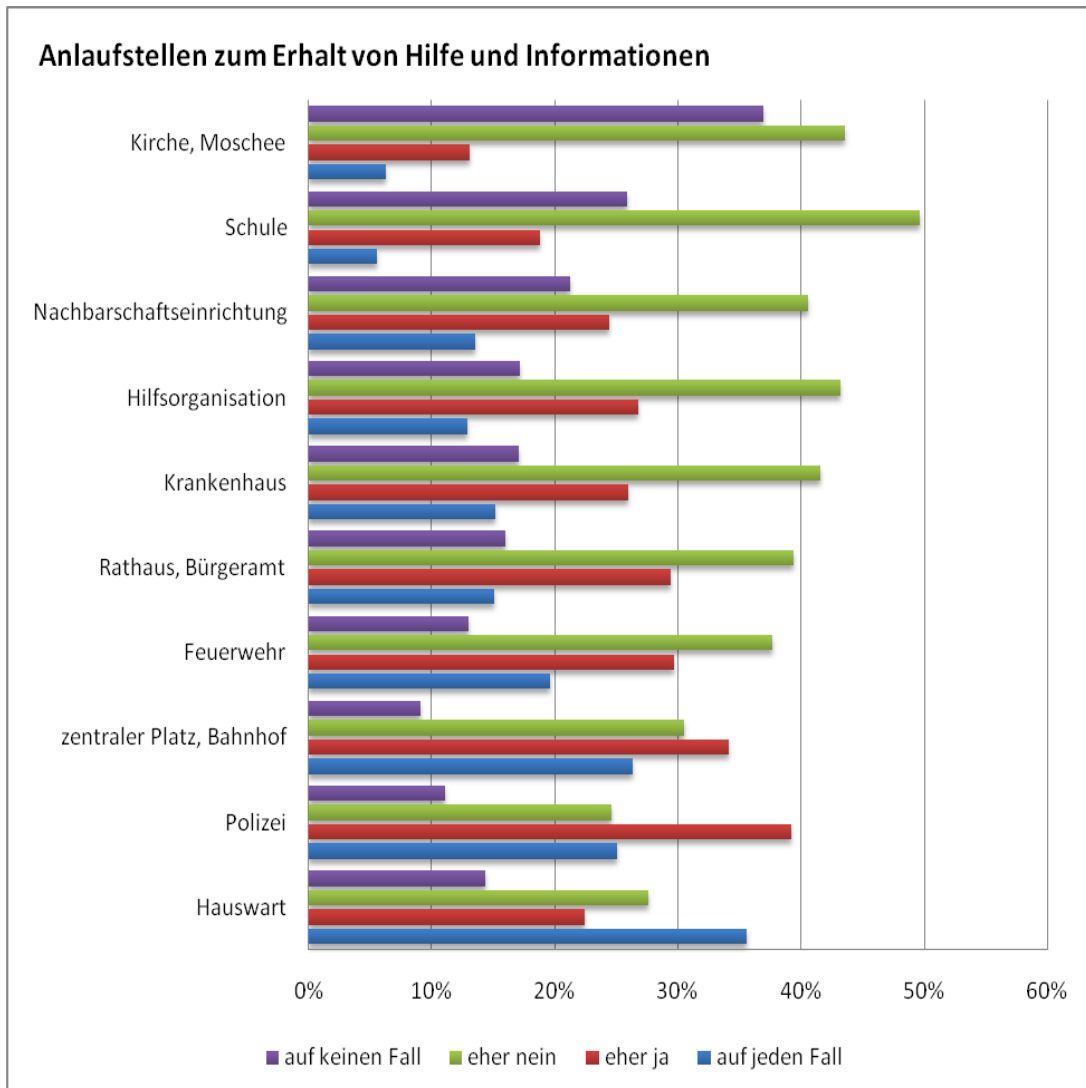
weils circa 6% religiöse Einrichtungen oder Schulen „auf jeden Fall“ aufsuchen. Dazwischen rangieren Feuerwehr, Krankenhaus, Bürgeramt/Rathaus und Nachbarschaftsladen/Verein/Stammlokal, die 20%, 15%, 15% bzw. 14% der Befragten „auf jeden Fall“ aufsuchen würden. (Vgl. Tabelle 8 und Grafik 6).

| Wenn ich Hilfe oder Informationen wegen des Stromausfalls benötige und das Telefon sowie der Notruf ausgefallen sind, gehe ich ... | <i>auf jeden Fall</i> | <i>eher ja</i> | <i>eher nein</i> | <i>auf keinen Fall</i> | <i>n</i> |
|---|-----------------------|----------------|------------------|------------------------|----------|
| zum Hausmeister oder Hauswart. | 35,6% | 22,4% | 27,6% | 14,4% | 612 |
| zur Polizei. | 25,1% | 39,2% | 24,6% | 11,1% | 594 |
| zu einem zentraler Platz oder Bahnhof. | 26,3% | 34,1% | 30,5% | 9,1% | 581 |
| .. zur Feuerwehr. | 19,6% | 29,7% | 37,7% | 13,0% | 555 |
| zum Bezirksamt (Bürgeramt, Rathaus etc.). | 15,1% | 29,4% | 39,4% | 16,0% | 568 |
| zu einem Krankenhaus. | 15,2% | 26,0% | 41,6% | 17,1% | 538 |
| zu einer Hilfsorganisation (Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Johanniter, Malteser, Bahnhofsmission etc.). | 12,9% | 26,8% | 43,2% | 17,2% | 542 |
| zu einem Nachbarschaftstreff, Nachbarschaftsladen, Verein, Stammlokal. | 13,6% | 24,4% | 40,6% | 21,3% | 544 |
| zu einer Kirche, Moschee etc. | 6,3% | 13,1% | 43,6% | 37,0% | 527 |
| zu einer Schule. | 5,6% | 18,8% | 49,7% | 25,9% | 517 |

Tabelle 8

Gegen jede dieser Anlaufstellen bestehen aber auch Vorbehalte. „Auf keinen Fall“ würden 37% der Befragten religiöse Einrichtungen, 26% Schulen und 21% Nachbarschaftstreffs aufsuchen. Die geringsten Vorbehalte bestehen gegenüber zentralen Plätzen, Polizei und Feuerwehr, die lediglich 9%, 11% bzw. 13% der Befragten „auf keinen Fall“ aufsuchen würden.

16% der Befragten können sich (auch) vorstellen, „nirgendwohin“ zu gehen und zu Hause auf Hilfe zu warten. Daraus spricht eine offenbar durchaus vorhandene Skepsis gegenüber der Annahme, man könne außerhalb der eigenen Wohnung Unterstützung erhalten.



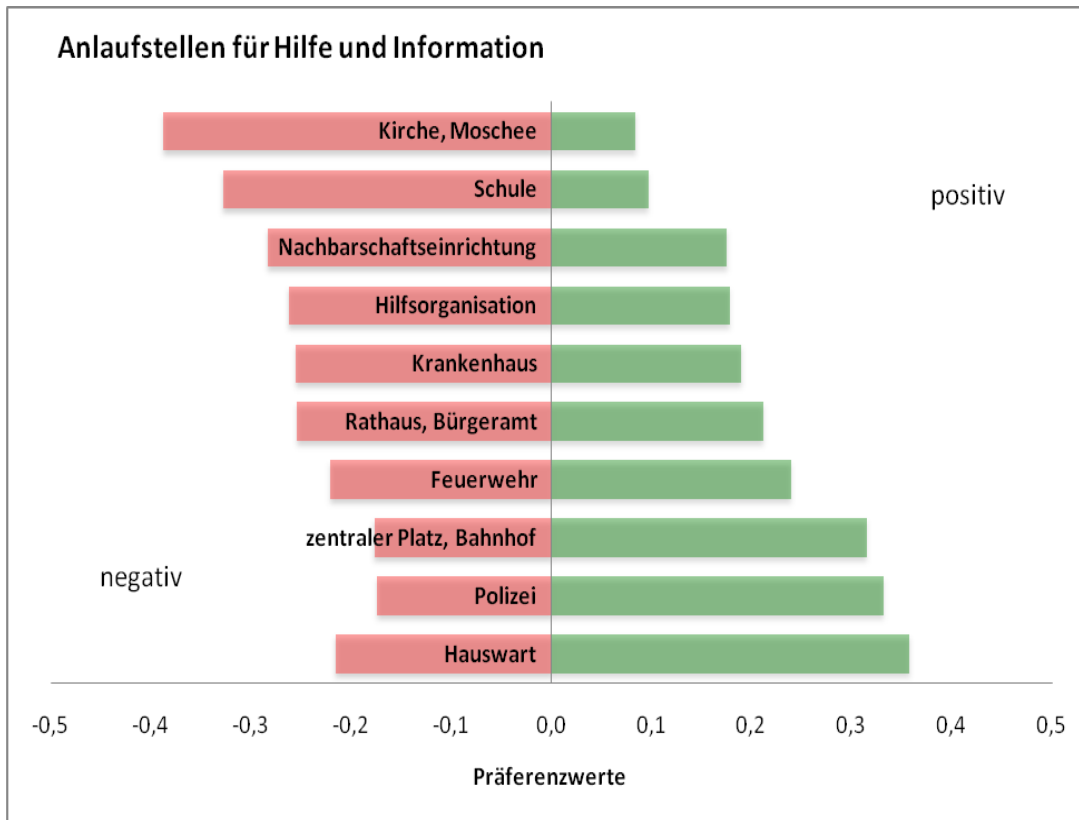
Grafik 6

Die Ergebnisse deuten auch auf eine nicht unerhebliche Unsicherheit oder Unentschiedenheit bei der Frage, welche Stelle man aufsuchen würde, wenn man Hilfe und Informationen benötigt. So haben sich beispielsweise 35% der Befragten nicht dazu geäußert, ob sie eine Schule aufsuchen würden (höchster Wert) und 24% nicht dazu, ob sie den Hauswart kontaktieren würden (geringster Wert).

Die Befragten wurden um eine abgestufte Einschätzung der unterschiedlichen Anlaufstellen gebeten.¹ Nimmt man diese Einschätzungen als zunehmend positive bzw. negative Wertung und bezieht auch diejenigen in die Betrachtung ein, die sich in unterschiedlichem Umfang nicht zu den einzelnen

¹ Vgl. Fragebogen, Fragenblöcke 3 und 4.

Anlaufstellen geäußert haben, lassen sich für jede der zur Auswahl gestellten Anlaufstellen positive und negative Präferenzwerte errechnen¹. Daraus ergibt sich ein recht klares Präferenzprofil (vgl. Grafik 7).



Grafik 7

¹ Für die Antworten „auf jeden Fall“ und „eher ja“ wurden 2 bzw. 1 positive(r) Punkt(e) vergeben, für die Antworten „auf keinen Fall“ und „eher nein“ 2 bzw. 1 negative(r) Punkt(e). Bei insgesamt 800 Befragten hätte folglich jede Anlaufstelle maximal 1600 positive bzw. negative Punkte erreichen können. Die tatsächlich erreichten Punktzahlen wurden zu diesen theoretischen Maximalwerten in Beziehung gesetzt. Der Präferenzwert +0,36 (Anlaufstelle Hauswart) bedeutet beispielsweise, dass 36% der maximal möglichen positiven Punkte erreicht wurden, der Präferenzwert -0,22 bedeutet, dass zugleich 22% der maximal möglichen negativen Punkte erreicht wurden.

Diese Ergebnis lässt sich in vier Richtungen interpretieren: Der Hauswart ist die Stelle, die am ehesten aufgesucht würde (höchster positiver Präferenzwert). Gleichwohl bestehen auch erhebliche Vorbehalte (vergleichsweise hoher negativer Präferenzwert). In der Gesamtbilanz überwiegen jedoch die Personen, die beim Hauswart Hilfe und Information erwarten würden (positiver Präferenzwert liegt klar über dem negativen). Ein großer Teil der Befragten hat keine klare Meinung dazu, ob sie den Hauswart aufsuchen würden oder nicht (in Relation zu den maximal möglichen Werten von +1 bzw. -1 sind die erreichten Werte eher gering).

Vergleichsweise positive Beurteilungen hinsichtlich der Frage, ob man dort um Hilfe und Information nachsuchen würde, erfahren die Anlaufstellen Hauswart, Polizei und öffentlicher Platz. Bezüglich der Anlaufstelle Hauswart besteht jedoch eine Polarisierung, da es zugleich ausgeprägt negative Wertungen gibt. Bei den Anlaufstellen Krankenhaus, Hilfsorganisation, Nachbarschaftseinrichtung, Schule und Kirche/Moschee überwiegen zunehmend die negativen Bewertungen. Bei den Anlaufstellen Feuerwehr und Rathaus / Bürgeramt liegen positive und negative Beurteilungen auf etwa gleichem Niveau.

5.2.2.1 Standortwissen

Die befragten Bürgerinnen und Bürger wurden gebeten, auch anzugeben, ob ihnen der bzw. ein Standort der jeweiligen Anlaufstelle bekannt ist. Auf Grund der geringen Antwortquoten – durchgängig unter 50% - ist eine differenzierte Auswertung nicht möglich. Tendenziell zeigt sich jedoch Zweierlei: Die Kenntnis bzw. Unkenntnis des Standortes korreliert nicht mit positiven bzw. negativen Bewertungen. Überraschend wenige Befragte geben an, die Standorte von Schulen, von Einrichtungen des Bezirks, der Polizei oder der Feuerwehr zu kennen.

5.2.3 Hilfeleistungen durch öffentliche Stellen

Ergänzend zu der Präferenz bei den Anlaufstellen wurde erfragt, welche Art von Hilfeleistung die Bürgerinnen und Bürger im Fall eines längeren Stromausfalls von Behörden und anderen öffentlichen Stellen erwarten.

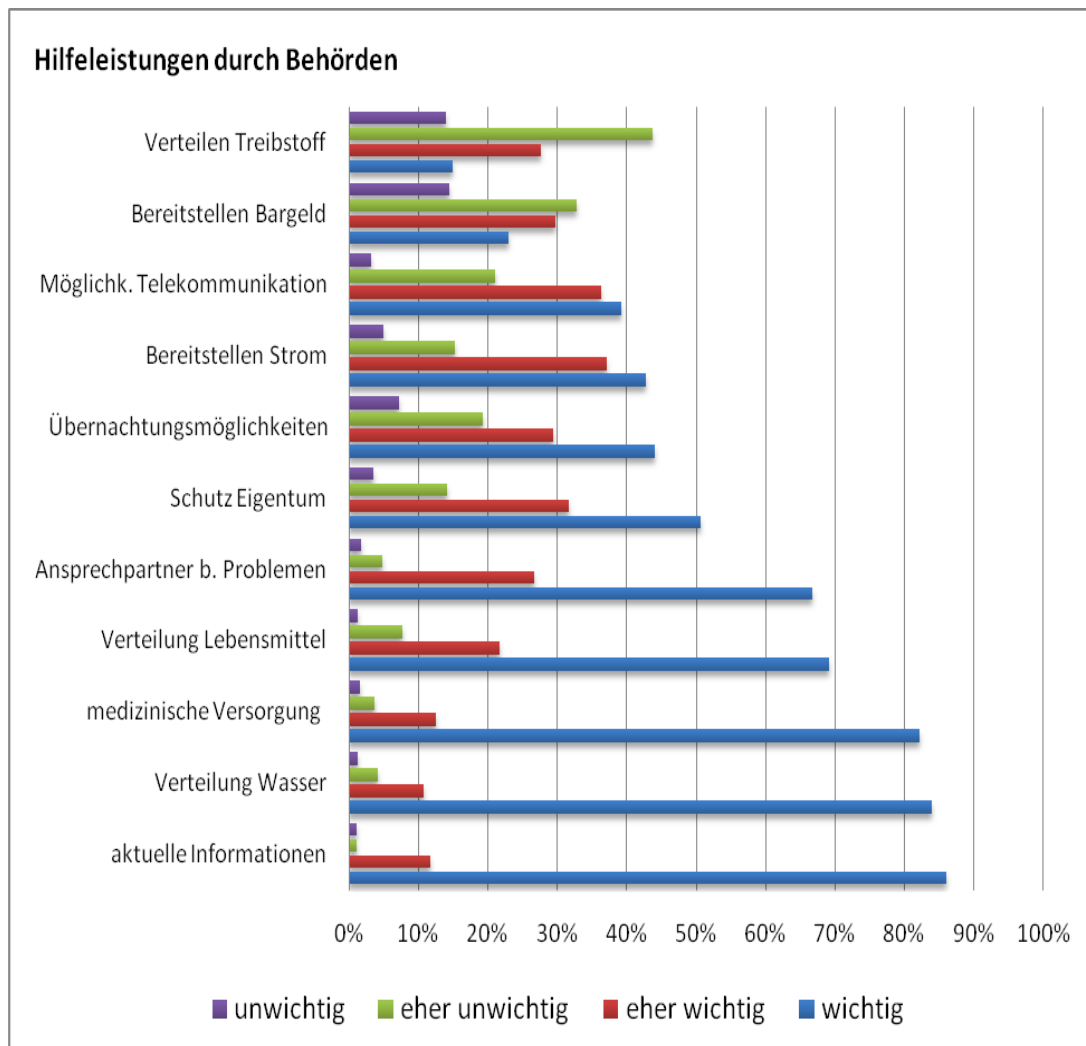
Die Antworten lassen erkennen, dass Hilfeleistungen in hohem Maße erwartet werden, das Spektrum der erwünschten Hilfeleistungen breit ist, aber diese in ihrer Dringlichkeit unterschiedlich beurteilt werden. Die Verteilung von Wasser, Lebensmitteln sowie die medizinische Versorgung werden als sehr wichtig erachtet. Gegenteilige Einschätzungen sind nahezu vernachlässigbar und die Zahl derer, die sich zu diesen Hilfeleistungen nicht geäußert haben, ist mit circa 6 % gering. (Vgl. Tabelle 9 und Grafik 8)

| Die folgenden Hilfeleistungen von Behörden und staatlichen Stellen bewertet ich im Fall eines mehrtägigen Stromausfalls als ... | <i>wichtig</i> | <i>eher wichtig</i> | <i>eher unwichtig</i> | <i>unwichtig</i> | <i>n</i> |
|--|----------------|---------------------|-----------------------|------------------|----------|
| Weitergabe aktueller Informationen | 86,1% | 11,8% | 1,1% | 1,1% | 747 |
| Verteilen von Wasser | 83,9% | 10,8% | 4,1% | 1,2% | 758 |
| Medizinische Versorgung | 82,3% | 12,6% | 3,6% | 1,6% | 740 |
| Verteilen von Lebensmitteln | 69,2% | 21,7% | 7,7% | 1,3% | 741 |
| Ansprechpartner bei Problemen | 66,7% | 26,7% | 4,8% | 1,8% | 733 |
| Schutz meines Eigentums | 50,7% | 31,6% | 14,2% | 3,5% | 716 |
| Schaffung v. Übernachtungsmöglichkeiten z.B. in Turnhallen | 44,1% | 29,4% | 19,2% | 7,2% | 707 |
| Bereitstellen von Strom auf öffentlichen Plätzen | 42,7% | 37,2% | 15,2% | 4,9% | 689 |
| Bereitstellen von Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon, Internet etc.) | 39,2% | 36,4% | 21,1% | 3,2% | 719 |
| Bereitstellen von Bargeld | 23,0% | 29,7% | 32,8% | 14,5% | 688 |
| Verteilen von Treibstoff / Benzin | 14,9% | 27,6% | 43,7% | 13,9% | 678 |

Tabelle 9

Die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln sowie die Aufrechterhaltung einer medizinischen Grund- und Notfallversorgung bilden den Kern jeglicher Katastrophenhilfe. Dass die Befragten diese Leistungen als notwendig betrachten, überrascht daher nicht. Besonders bemerkenswert ist hingegen, dass immaterielle Hilfen wie die „Weitergabe aktueller Informationen“ oder das Stellen von „Ansprechpartnern bei Problemen“ in herausragend hohem Maße als wichtig erachtet werden und gegenteilige Meinungen dieses klar geäußerte Bedürfnis kaum relativieren. Auch hier ist die Quote derer, die nicht geantwortet haben, gering, was auf eine hohe Meinungssicherheit hindeutet.

Vergleichsweise gering ist der Anteil derer, die dem „Bereitstellen von Bargeld“ und dem „Verteilen von Treibstoff/Benzin“ eine hohe Wichtigkeit beimessen. Zudem ist der Anteil derjenigen, die diese Leistungen als (eher) unwichtige erachten, relativ hoch. Aus der Sicht der befragten Bürgerinnen und Bürger sind dies somit tendenziell verzichtbare Hilfeleistungen.

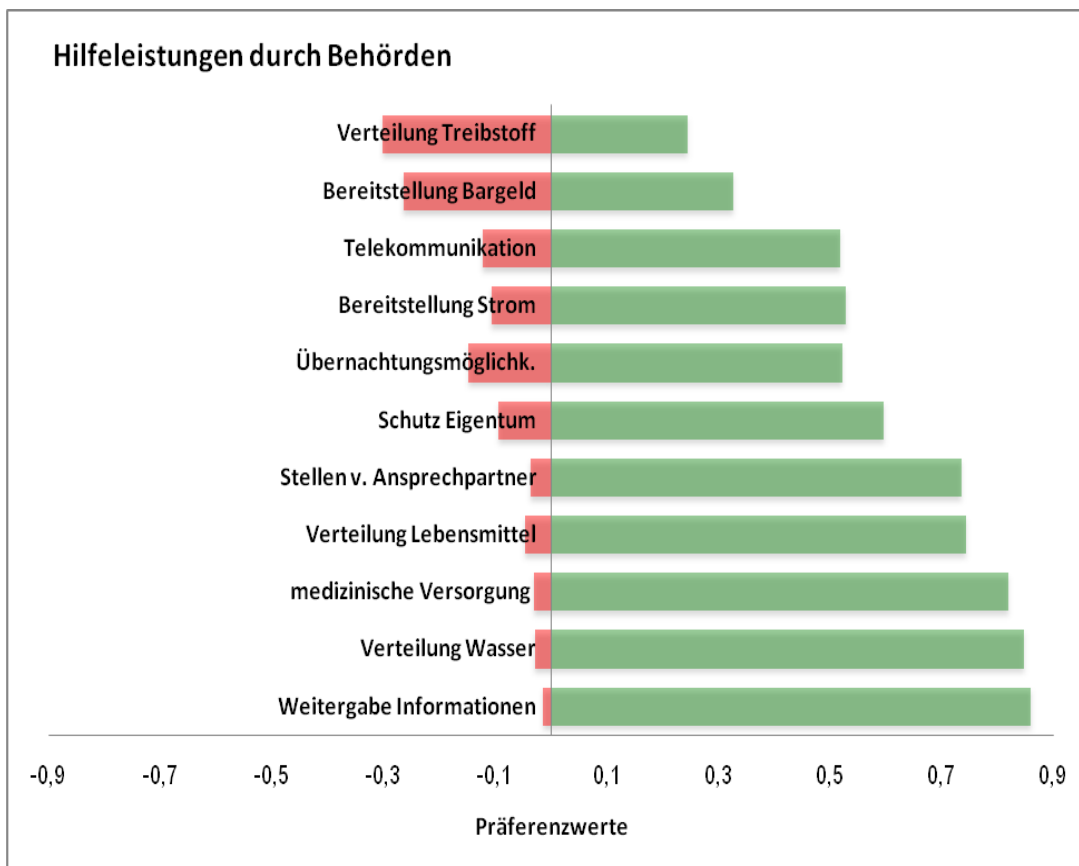


Grafik 8

Der "Schutz meines Eigentums" wird mehrheitlich als wichtige Leistung angesehen und gegenteilige Positionen sind nur schwach ausgeprägt. Gleichwohl liegt diese Hilfeleistung im Urteil der Befragten lediglich auf einem mittleren Platz. Dieses Ergebnis sollte jedoch nicht als Indikator dafür werden, dass die Befragten nur ein begrenztes Interesse an ihrem Eigentum hätten. Eine plausible Erklärung wäre vielmehr, dass die Befragten eher nicht davon ausgehen, dass ein längerer Stromfall Unruhen, Plünderungen und anderen Kriminalitätsformen auslösen würde und verstärkten polizeilichen Schutzleistungen daher keine überragende Priorität gegeben wird. Dies spricht für eine positive Beurteilung der sozialen Stabilität der Stadt.

Die Berechnung der Präferenzwerte (s. o.) lässt die Struktur der Erwartungen im Hinblick auf Hilfeleistungen durch öffentliche Stellen noch deutlicher hervortreten (vgl. Grafik 9). Die Weitergabe aktueller Informationen, die Verteilung von Wasser und Lebensmitteln und das Stellen von Ansprechpartnern

werden als unabdingbar betrachtet und hiervon abweichende Positionen fallen kaum ins Gewicht. Als weniger wichtig werden die Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten, das Bereitstellen von Telekommunikationsmöglichkeiten sowie von Strom auf öffentlichen Plätzen gesehen. Die Gründe hierfür dürften in erster Linie in dem Umstand zu suchen sein, dass größere Befragtengruppen keinen starken persönlichen Bedarf an diesen Leistungen sehen. Das Bereitstellen von Bargeld und die Verteilung von Treibstoff liegen außerhalb des Spektrums der als erforderlich angenommenen Hilfeleistungen.



Grafik 9

5.2.4 Fokusgruppen

- *Alter*

Jüngere (bis 30-Jährige) erwarten überdurchschnittlich häufig Unterstützung durch die eigene Familie, womit in erster Linie die eigenen Eltern gemeint sein dürften. Demgegenüber erwarten Ältere (über 60-Jährige) häufiger Unterstützung durch Nachbarn, was insbesondere darauf zurückzuführen sein dürfte, dass sie überdurchschnittlich lange in ihrem jeweiligen Quartier leben

und verlässliche Kontakte entstehen konnten. Beide Zusammenhänge sind signifikant.

Alter spielt bei der Präferenz von Standorten keine wesentliche Rolle. Allein Polizeidienststellen würden von Älteren signifikant häufiger aufgesucht werden.

Bei der Beurteilung der Wichtigkeit der Hilfeleistungen durch Behörden und staatliche Stellen bestehen signifikante altersspezifische Differenzen. Die mittlere Altersgruppe (31 bis 60-Jährige) gibt der medizinischen Versorgung und der Bereitstellung von Ansprechpartnern einen vergleichsweise hohen Stellenwert. Bei den Älteren gilt dies für die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten, die Weitergabe aktueller Informationen sowie den Schutz des persönlichen Eigentums.

- *Geschlecht*

Zwischen Frauen und Männern bestehen keine durchgehenden Differenzen bei der Präferenz von Anlaufstellen. Allerdings zeichnet sich ab, dass Frauen auch im Falle eines Hilfe- und Informationsbedarfs signifikant häufiger zu Hause ausharren bzw. den Hauswart kontaktieren würden. Ob dies als eine Folge von Rollenstereotypen erklärt werden kann, sei dahingestellt.

Bei der Beurteilung der staatlichen Hilfeleistungen sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede deutlicher. Frauen halten es für wichtiger, dass im Falle eines Stromausfalls Möglichkeiten zur Übernachtung und für Kommunikation geschaffen sowie Strom an öffentlichen Plätzen und Ansprechpartner zur Verfügung gestellt werden. Diese Unterschiede sind signifikant bzw. hochsignifikant.

- *Herkunft*

Befragte mit und ohne Migrationshintergrund erwarten im Fall eines anhaltenden Stromausfalls gleichermaßen Hilfeleistungen durch Familienangehörige und Freunde. Bezüglich der Hilfebereitschaft durch Nachbarn sind Befragte mit Migrationshintergrund signifikant skeptischer.

Befragte mit nichtdeutschen Wurzeln würden signifikant seltener die „klassischen“ Hilfestellen wie Polizei, Feuerwehr oder Krankenhäuser und signifikant häufiger nichtstaatliche Stellen wie Nachbarschaftstreffe und Kirchen bzw. Moscheen aufsuchen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass für diese Bevölkerungsgruppe stärkere Zugangsbarrieren zu staatlichen Institutionen bestehen und Polizei, Feuerwehr und öffentliche Krankenhäuser als solche wahrgenommen werden.

Auch bei der Beurteilung des Stellenwerts der Hilfeleistungen staatlicher Stellen bestehen signifikante bzw. hochsignifikante Differenzen. Trotz größe-

rer eigener Vorräte (vgl. 5.1.2) geben Befragte deutscher Herkunft dem Verteilen von Lebensmitteln und der medizinischen Versorgung eine höhere Bedeutung. Migranten halten dagegen die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten, die Stromversorgung an öffentlichen Plätzen sowie die Versorgung mit Bargeld für wichtiger.

- *Wohndauer im Kiez*

Befragte, die länger als 5 Jahre in dem gleichen Wohnquartier leben und damit als alteingesessene Kiezbewohner bezeichnet werden können, sind sich besonders sicher, im Bedarfsfall Hilfe von ihren Nachbarn zu erhalten. Höher ist bei dieser Gruppe auch der Anteil derjenigen, die Verwandte zu Fuß erreichen können. Diese Befunde sind hochsignifikant. Ob sie dafür sprechen, dass informelle nachbarschaftliche Strukturen mit zunehmender Wohndauer erstarken oder die Wohndauer in Quartieren mit guten nachbarschaftlichen Strukturen höher ist, muss allerdings ungeklärt bleiben. Unabhängig davon deuten sie jedoch darauf hin, dass nachbarschaftliche Hilfsstrukturen dort als schwächer eingeschätzt werden, wo die Wohndauer etwa wegen eines hohen Bevölkerungsaustauschs gering ist.

- *Wohnbezirk*

In Bezug auf die Hilfeerwartungen und -bedarfe bestehen zwischen den Bewohnern der drei einbezogenen „bezirksnahen Wohngebiete“ statistisch signifikante und hochsignifikante Unterschiede.

Befragte aus Steglitz-Zehlendorf gehen stärker davon aus, dass sie im Fall eines anhaltenden Stromausfalls von ihren Nachbarn Hilfe erhalten würden. Sofern sie externe Hilfe und Informationen bräuchten, wären für sie Kirchen weitaus häufiger akzeptabel als für die Bewohner der Vergleichsbezirke.

Lichtenberger geben hingegen häufiger an, dass sie Freunde und Bekannte zu Fuß erreichen können. Zudem hat für sie im Falle eines Hilfe- und Informationsbedarfs der Hauswart einen überdurchschnittlich hohen Stellenwert. Eine plausible Erklärung könnte darin bestehen, dass in den in Lichtenberg dominierenden Großsiedlungen professionelle Hauswartdienste eingerichtet sind.

Befragte aus Mitte würden vergleichsweise häufiger versuchen, Hilfe und Informationen auf öffentlichen Plätzen oder dem Bahnhof zu erhalten. Dem Verteilen von Wasser und dem Bereitstellen von Strom auf öffentlichen Plätzen geben sie einen höheren Stellenwert.

- *Kinder im Haushalt*

Zwischen Befragten mit und ohne Kinder im eigenen Haushalt bestehen in Bezug auf die Hilfeerwartung an Familie, Freunde und Nachbarn keine signifikanten Unterschiede.

Befragte mit Kindern würden jedoch hochsignifikant häufiger eine Schule oder Feuerwache bzw. signifikant häufiger einen Polizeiabschnitt oder eine Hilfsorganisation aufsuchen. Die medizinische Versorgung hat für sie einen statistisch gesicherten höheren Stellenwert. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass Eltern gesundheitliche Auswirkungen eines Stromausfalls auf ihre Kinder befürchten. Dass Schulen und Feuerwachen bei dieser Gruppe eine höhere Akzeptanz finden, dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass die Standorte bekannt bzw. präsenter sind.

- *Studentinnen und Studenten*

Im Erwartungsprofil der befragten Studentinnen und Studenten deutet sich eine gewisse Distanz zu den formellen aber auch informellen Hilfestrukturen an. Ihre Hilfeerwartung an Nachbarn ist geringer, Hilfe und Informationen würden sie signifikant seltener bei Polizei und Feuerwehr aber auch bei Hilfsorganisationen und Nachbarschaftstreffs suchen. Den Stellenwert der im Fragebogen aufgeführten staatlichen Hilfeleistungen erachten sie überwiegend als geringer. Ausnahmen sind insbesondere die Weitergabe aktueller Informationen sowie das Stellen von Ansprechpersonen. Die genannten Unterschiede sind signifikant.

5.2.5 Ergebnisse im Überblick

- Im Falle eines längeren Stromausfalls sind sich die Befragten ganz überwiegend sicher, auf informelle Hilfestrukturen zurückgreifen zu können. Familienangehörige und Freunde werden als die belastbarste Ressource betrachtet. Nahezu 80 % bzw. über 60 % erwarten von diesen "auf jeden Fall" Hilfe. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Familienangehörige nur in rund 35 % und Freunde in etwa 60% der Fälle in fußläufiger Entfernung leben.
- Nachbarn sind bereits "vor Ort", was Hilfeleistungen im Fall eines Stromausfalls erheblich erleichtern würde. Eine deutliche Mehrheit der Befragten – etwa 70 % – geht davon aus, dass Nachbarn hilfsbereit sein würden, aber nur 30 % sind sich nachbarschaftlicher Hilfe sicher.

- Das Vertrauen in informelle Hilfestrukturen ist jedoch in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgeprägt. Jüngere vertrauen stark auf ihre Familien. Nachbarschaftliche Strukturen werden insbesondere mit steigender Wohndauer im Quartier und steigendem Alter als belastbar eingeschätzt.
- Trotz vorhandener und als verlässlich beurteilter informeller Hilfestrukturen würden die Befragten ganz überwiegend Stellen in ihrem Wohnumfeld aufsuchen, um weitere Hilfe und zusätzliche Informationen zu erhalten. Nur ein kleiner Teil würde trotz Hilfebedarfs zuhause ausharren wollen.
- Es gibt keine klare Präferenzstruktur bezüglich solcher Anlaufstellen. Tendenziell werden Stellen favorisiert, die aufgrund ihres Aufgabenprofils mit Schutz und Hilfe in Verbindung gebracht werden (Polizei und Feuerwehr) oder zu denen subjektiv keine Zugangsbarrieren bestehen (Hausmeister, öffentlicher Platz/Bahnhof). Kirchen bzw. Moscheen, Schulen und Nachbarschaftseinrichtungen haben insgesamt einen vergleichsweise geringen Stellenwert.
- Die Präferenzen bezüglich möglicher Anlaufstellen fallen gruppenspezifisch unterschiedlich aus. Insofern ist von unterschiedlichen oder sogar parallelen Präferenzstrukturen auszugehen, die bei der Planung von Anlaufstellen und Hilfeleistungen zu beachten sind. Grundsätzlich ist auf eine Diversität der Angebote zu achten.
- Die Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass generell Anlaufstellen präferiert werden, bei denen eine hohe Hilfefähigkeit angenommen wird. Entsprechende Annahmen sind jedoch individuell unterschiedlich. Im bzw. vor dem Krisen- oder Katastrophenfall müsste folglich gezielt kommuniziert werden, welche Anlaufstellen in der Lage sind, die gewünschte Hilfe, die über das Abdecken von Grundbedürfnissen hinausgehen sollte, anzubieten. Unter dieser Prämisse könnte bspw. eine Schule, an der unter anderen Vertreter von Polizei und Kommunalverwaltung präsent sind, eine gut geeignete und akzeptierte Anlaufstelle sein.

5.3 Hilfebereitschaft

Die Folgen eines mehrtägigen Stromausfalls für die Bevölkerung können am besten abgedeckt werden, wenn professionelle Hilfsangebote und Selbsthilfe ineinandergreifen und sich ergänzen. Die Tragfähigkeit dieses Ansatzes

hängt jedoch entscheidend davon ab, ob die Bürgerinnen und Bürger bereit und in der Lage sind, sich und anderen zu helfen.

5.3.1 Hilfeleistungen

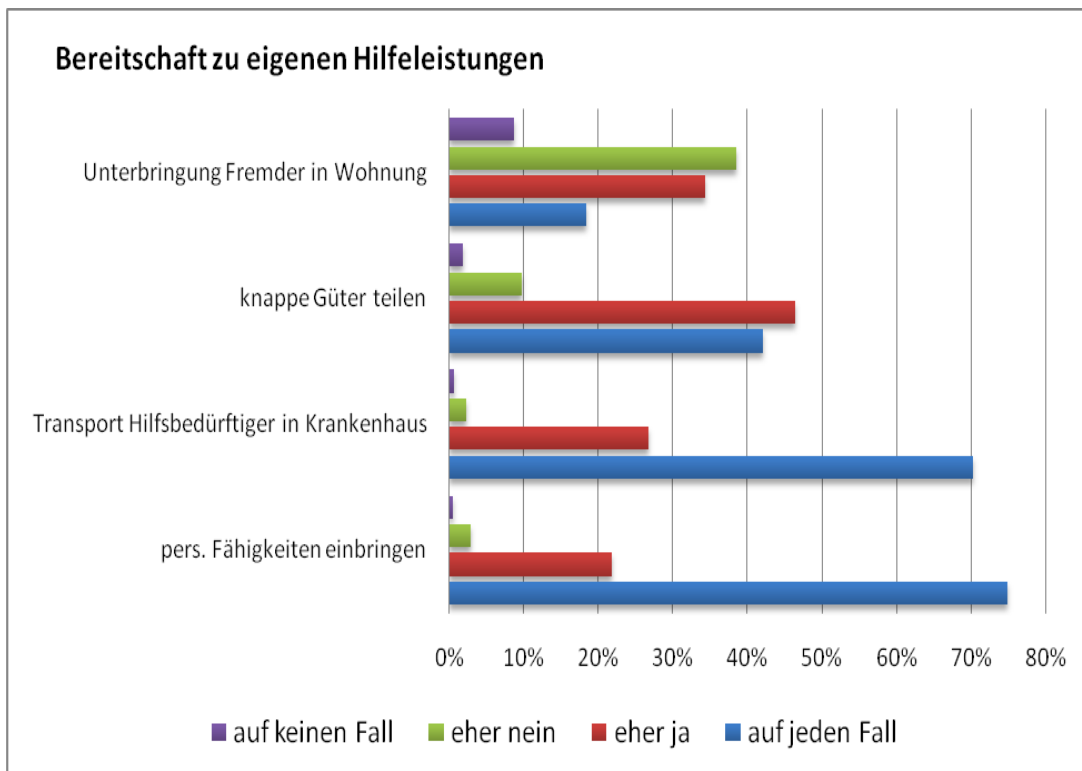
Die Ergebnisse der Befragung signalisieren eine hohe und verbreitete Hilfsbereitschaft. Nur Einzelne würden im Falle eines anhaltenden Stromausfalls „auf keinen Fall“ anderen helfen.

Dieses grundsätzlich positive Ergebnis muss jedoch relativiert werden, denn die Frage nach der eigenen Hilfsbereitschaft dürfte von den Adressaten in unterschiedlichem Maße auch als Frage nach der Akzeptanz des allgemeinen Gebots „Du sollst Deinen Mitmenschen helfen“ interpretiert worden sein. Insofern ist die Mitteilung einer hohen Hilfsbereitschaft zunächst einmal als breite Zustimmung zu dieser sozialen Norm zu bewerten. Als uneingeschränkt belastbare Aussage zu den tatsächlichen Hilfeverhalten in der Situation eines mehrtägigen Stromausfalls sollte sie hingegen nicht genommen werden.

Allerdings lassen die Antworten erkennen, dass sich die Befragten in das zu Beginn des Fragebogens skizzierte Szenario „Stromausfall“ hinein versetzt und ihre Hilfsbereitschaft und -möglichkeiten kritisch reflektiert haben. Die Bereitschaft zu Hilfeleistungen, die zwar Zeit und Mühe kosten, die eigene Lage jedoch nicht zwangsläufig tangieren oder gar verschlechtern, ist nämlich am höchsten. Über 95 % der Befragten können sich vorstellen, einen Hilfsbedürftigen ins Krankenhaus zu bringen oder ihre privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Weniger ausgeprägt ist die Bereitschaft zu Hilfeleistungen, die das Teilen der eigenen Ressourcen erfordern. Lediglich etwas über 40 % der Befragten wären „auf jeden Fall“ bereit, knappe Güter wie Batterien oder Wasser mit Fremden zu teilen und nur 18 %, fremde Hilfesuchende in der eigenen Wohnung unterzubringen. (Vgl. Tabelle 10 und Grafik 10)

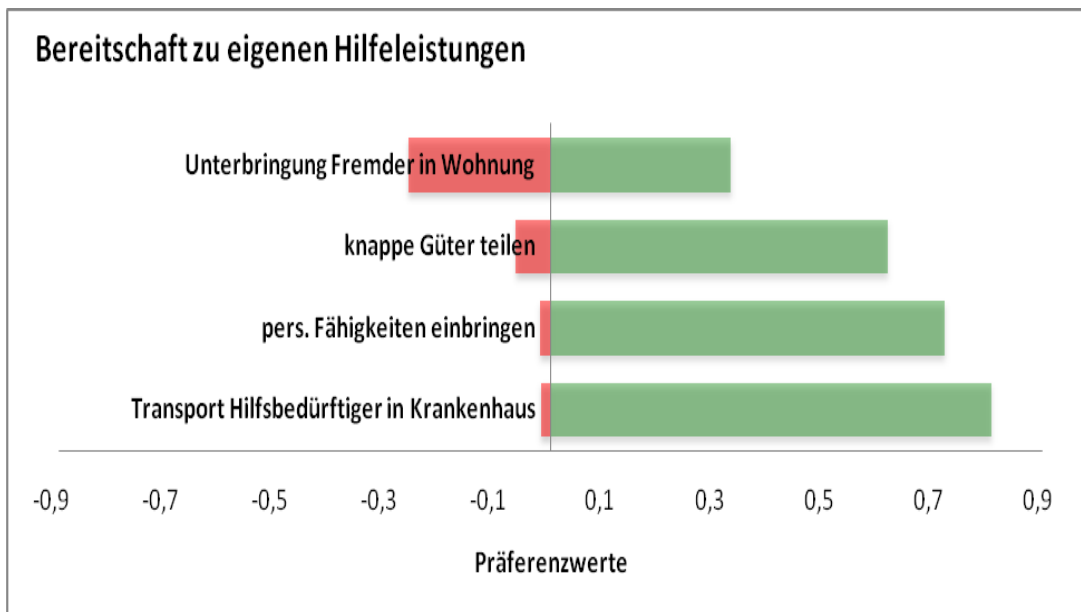
| Im Fall eines mehrtägigen Stromausfalls bin ich bereit ... | <i>auf jeden Fall</i> | <i>eher ja</i> | <i>eher nein</i> | <i>auf keinen Fall</i> | <i>n</i> |
|---|-----------------------|----------------|------------------|------------------------|----------|
| meine privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. | 74,8% | 21,8% | 2,9% | 0,5% | 761 |
| einen Hilfsbedürftigen ins Krankenhaus zu bringen. | 70,3% | 26,7% | 2,3% | 0,6% | 771 |
| knappe Güter (Batterien, Wasser etc.) mit Fremden zu teilen. | 42,1% | 46,4% | 9,7% | 1,9% | 756 |
| fremde Hilfsuchende in meiner Wohnung aufzunehmen. | 18,4% | 34,3% | 38,5% | 8,7% | 743 |

Tabelle 10



Grafik 10

In der Präferenzstruktur treten diese Unterschiede, die darauf hindeuten, dass die Befragten durchaus eine realitätsorientierte Einschätzung ihrer Hilfefähigkeit und -bereitschaft vorgenommen haben, noch deutlicher hervor (vgl. Grafik 11).



Grafik 11

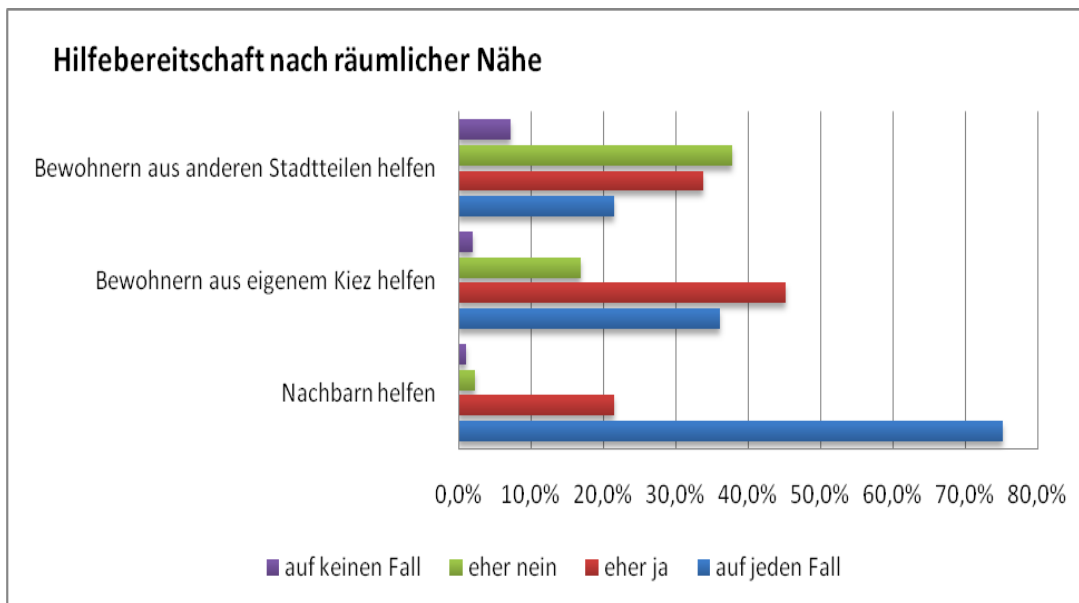
Etwa 15% der Befragten haben näher ausgeführt, worin ihre privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten bestehen, die sie im Fall eines anhaltenden Stromausfalls einbringen möchten. In abnehmender Häufigkeit können diese folgenden Tätigkeitsfeldern zugeordnet werden: medizinische Versorgung, Organisation und Management, Reparaturen (Handwerk), Unterstützung bei Alltagsroutinen, Betreuung von Kindern und Jugendlichen, emotionale Unterstützung von Bedürftigen.

5.3.2 Einflussfaktoren

Generell ist davon auszugehen, dass „Proximität“ zu der hilfebedürftigen Person die Hilfebereitschaft positiv beeinflusst. Nähe kann durch Verwandtschaft oder Freundschaft, die Zugehörigkeit zur gleichen Altersgruppe, geteilte kulturelle Orientierungen oder auch durch gemeinsame räumliche Bezüge entstehen. Die Befragungsergebnisse bestätigen einen solchen Zusammenhang. 75 % der Befragten würden Personen, die in der direkten Nachbarschaft wohnen, „auf jeden Fall“ helfen, hingegen nur zu 36 % Personen, die im eigenen Kiez wohnen und lediglich zu 22% Personen aus anderen Berliner Stadtteilen. (Vgl. Tabelle 11 und Grafik 12)

| Im Fall eines mehrtägigen Stromausfalls bin ich bereit, Personen zu helfen, die ... | <i>auf jeden Fall</i> | <i>eher ja</i> | <i>eher nein</i> | <i>auf keinen Fall</i> | <i>n</i> |
|--|-----------------------|----------------|------------------|------------------------|----------|
| in meiner direkten Nachbarschaft wohnen. | 75,2% | 21,4% | 2,3% | 1,0% | 771 |
| in meinem Kiez wohnen. | 36,0% | 45,2% | 16,9% | 1,9% | 726 |
| in anderen Stadtteilen von Berlin leben. | 21,5% | 33,8% | 37,7% | 7,1% | 708 |

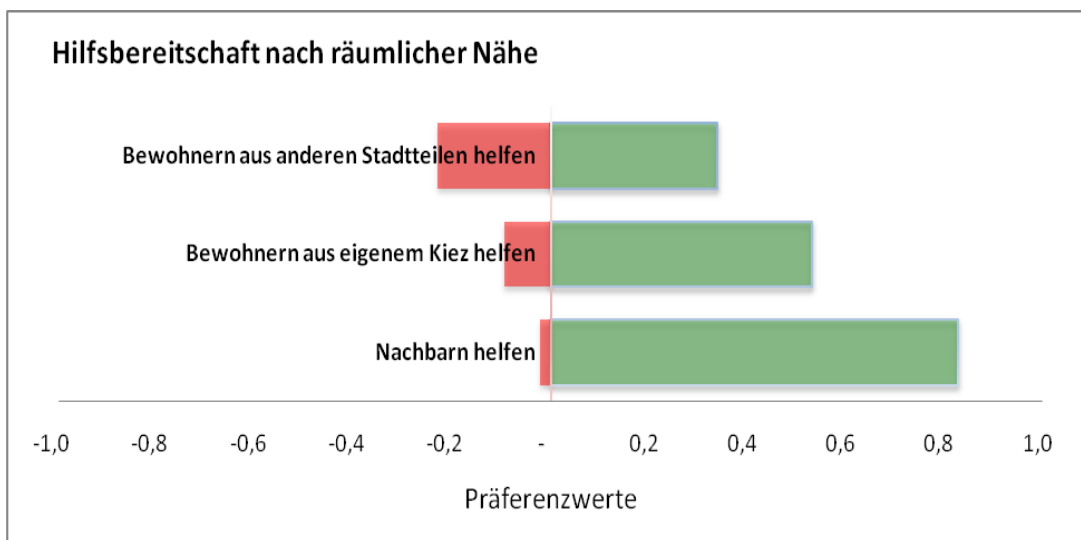
Tabelle 11



Grafik 12

Die Präferenzstruktur lässt noch deutlicher erkennen, dass mit zunehmender räumlicher Nähe der Hilfesuchenden sowohl die Hilfebereitschaft ansteigt, als auch Vorbehalte gegen Hilfeleistungen zurückgehen (vgl. Grafik 13).

Informelle Hilfsstrukturen wären allerdings weitgehend paralytisch und die grundsätzlich vorhandene Hilfebereitschaft müsste folgenlos bleiben, wenn ein mehrtägiger Stromausfall dazu führen würde, dass mobile und tendenziell ressourcenstarke Bewohnerinnen und Bewohner die Stadt verlassen. Nach den Ergebnissen der Befragung ist hiermit nur in mäßigem Umfang zu rechnen. 71% gaben an, in der Stadt bleiben zu wollen. Weitere 12% gaben keine Antwort und dürften als unentschlossen einzustufen sein. Nur 17% waren sich sicher, die Stadt verlassen zu wollen.



Grafik 13

Für eine hohe Bereitschaft „vor Ort“ zu bleiben und sich dort einzubringen, spricht ebenfalls, dass die Befragten überwiegend angaben, auch bei einem anhaltenden Stromausfall ihren Arbeitsplatz aufsuchen zu wollen (vgl. Tabelle 12). Weniger als 20 % konnten sich dies (eher) nicht vorstellen. Allerdings ist auch hier zu bedenken, dass in erster Linie eine Zustimmung zu der sozialen Norm erfolgt sein könnte, seinen beruflichen Verpflichtungen zuverlässig nachkommen zu sollen. Gleichwohl unterstreicht das Ergebnis, dass die Befragten überwiegend an ihren vertrauten Strukturen festhalten möchten und ein längerer Stromausfall und die in der Vorstellung damit verbundenen negativen Folgen keinen Rückzugs- oder Fluchtreflex auslösen.

Ich bin grundsätzlich bereit, bei einem mehrtätigen Stromausfall weiter zur meinem Arbeitsplatz zu gehen.

| | |
|-----------------|-------|
| auf jeden Fall | 43,5% |
| eher ja | 37,7% |
| eher nein | 13,5% |
| auf keinen Fall | 5,2% |
| n = 724 | |

Tabelle 12

5.3.3 Fokusgruppen

- *Alter*

Die Hilfsbereitschaft der Älteren ist besonders hoch. Sie sind in höherem Maß bereit, Personen aus der Nachbarschaft und dem eigenen Kiez zu helfen sowie knappe Güter zu teilen. Diese Unterschiede sind hochsignifikant.

- *Geschlecht*

Die Hilfsbereitschaft ist bei Männern und Frauen gleichermaßen hoch. Frauen würden allerdings signifikant seltener Hilfesuchende in der eigenen Wohnung unterbringen.

- *Herkunft*

Unabhängig von ihrer Herkunft haben die Befragten eine hohe Hilfsbereitschaft signalisiert. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist diese sogar noch stärker ausgeprägt. Ihre Hilfsbereitschaft gegenüber Personen aus der Nachbarschaft, dem Kiez und auch aus anderen Berliner Bezirken ist stärker, sie würden häufiger Fremde in der eigenen Wohnung aufnehmen und knappe Güter mit Fremden teilen. Befragte mit deutscher Herkunft würden dagegen häufiger Hilfsbedürftige ins Krankenhaus bringen, was u.a. damit erklärbar ist, dass sie einen besseren Zugang zu PKW haben. Alle genannten Zusammenhänge sind signifikant bzw. hochsignifikant.

- *Wohnbezirk*

Signifikant höher ist die Hilfsbereitschaft bei den Befragten aus dem erweiterten Wohngebiet Wedding, die sich auch auf die Unterbringung von Fremden in der eigenen Wohnung erstreckt. Dies dürfte weitgehend durch den Umstand zu erklären sein, dass Befragte aus diesem Stadtteil besonders häufig ausländischer Herkunft sind und sich diese Gruppe durch eine besonders ausgeprägte Hilfsbereitschaft auszeichnet (s.o.).

- *Kinder im Haushalt*

Befragte, die mit Kindern zusammenleben, sind stärker bereit, knappe Güter mit anderen zu teilen, als solche, die keine Kinder im Haushalt haben. Dieses Ergebnis unterstreicht, dass die Hilfsbereitschaft durch die mögliche eigene Betroffenheit und Vulnerabilität nicht negativ beeinflusst wird.

- *Wohndauer im Kiez*

Alteingesessene Kiezbewohner erwarten stärker Hilfe von ihren Nachbarn (s.o.) und sind signifikant häufiger bereit, in ihrem Kiez zu helfen. Insoweit wird hier ein reziprokes Verhältnis beschrieben. In dieses Bild passt der Um-

stand, dass diese Personengruppe hochsignifikant seltener angibt, bei einem anhaltenden Stromausfall die Stadt verlassen zu wollen.

- *Studentinnen und Studenten*

Studierende verfügen über geringere Vorräte (s. o.) und ihre Bereitschaft, knappe Güter zu teilen, ist geringer. Sie sind weniger in nachbarschaftliche Netzwerke eingebunden. Entsprechend ist ihre Bereitschaft, Nachbarn zu helfen, vergleichsweise schwach und die Absicht, bei einem Stromausfall die Stadt zu verlassen, weiter verbreitet. Die genannten Besonderheiten sind durchgängig signifikant.

- *Bürger mit besonders geringer bzw. hoher Hilfebereitschaft*

Eine Reihe von Variablen korrelieren mit der Bereitschaft im Falle eines anhaltenden Stromausfalls unbekanntem Personen Hilfe zu leisten (s.o.). Kontrastiert man hingegen die Gruppe der besonders Hilfsbereiten mit der Gruppe der besonders wenig Hilfsbereiten, zeigen sich, von dem Umstandes unterschiedlich ausgeprägter Hilfebereitschaft abgesehen, keine signifikanten Unterschiede. Die einzige Ausnahme ist der Umstand, dass besonders hilfebereite Befragte signifikant häufig im Wohngebiet Wedding bzw. dem Bezirk Mitte leben. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass Hilfebereitschaft oder genauer deren Mitteilung in hohem Maße eine individuelle Haltung ist, die durch übergreifende Größen wie Geschlecht, Alter oder soziökonomischer Status nicht hinreichend erklärt werden kann.

5.3.4 Ergebnisse im Überblick

- Die mitgeteilte Bereitschaft zur Leistung von Hilfe ist herausragend hoch. Weniger als 1% sind unter keinen Umständen bereit, anderen zu helfen. Allerdings ist diese Hilfsbereitschaft differenziert zu betrachten, da sie sich insbesondere auf Leistungen bezieht, die die eigene Ressourcenlage nicht verschlechtern.
- Hilfebereitschaft korreliert tendenziell negativ mit individueller Ressourcenstärke und Resilienz. Die Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass Bevölkerungsgruppen, für die Folgen eines anhaltenden Stromausfalls besonders gravierend sein könnten, namentlich Ältere, Migranten oder Familien mit Kindern, in höherem Maße bereit sind, anderen unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen zu helfen, indem sie knappe Güter teilen oder Fremde in der eigenen Wohnung aufnehmen.

- In besonders hohem Maße sind die Befragten bereit, überschaubare und objektiv dringliche Hilfeleistungen wie Krankentransporte zu erbringen sowie ihre persönlichen Fähigkeiten und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Sollen diese im Krisen- oder Katastrophenfall zu einer Ressource für Ansätze der Selbsthilfe werden, müssen sie allerdings erkannt und koordiniert werden.
- Die Hilfsbereitschaft ist gegenüber Personen besonders hoch, die im eigenen räumlichen Umfeld leben. Bei der Entwicklung und Stärkung informeller Hilfestrukturen sollte dies beachtet werden.
- Die Bereitschaft zur nachbarschaftlichen Hilfeleistung ist bei Befragten, die lange in „ihrem“ Kiez leben, besonders ausgeprägt. Bei örtlich weniger gebundenen Bevölkerungsgruppen wie Studenten ist diese Bereitschaft geringer ausgeprägt und die Tendenz, die Stadt zu verlassen, stärker.
- Starke Rückzugs- und Flucht Tendenzen sind generell nicht erkennbar. Die Befragten geben überwiegend an, bei einem anhaltenden Stromausfall in der Stadt bleiben und weiterhin ihren Arbeitsplatz aufsuchen zu wollen.

Anhang



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Hilfebedarf und Hilfeleistung bei Stromausfall

Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,
im Rahmen des Forschungsprojekts Katastrophenschutz-Leuchttürme, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, führen wir eine Befragung unter Berlinerinnen und Berlinern durch. Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe. Wir möchten wissen, wie Sie auf einen Stromausfall vorbereitet sind und welche Erwartungen Sie dann an die Behörden und andere staatlichen Stellen haben. Uns interessiert auch Ihre Bereitschaft, selber Hilfe zu leisten.

*Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und erfolgt anonym.
Der Datenschutz ist vollständig gewährleistet, da Ihre persönlichen Daten anonym
und ohne rückverfolgbare Angaben erhoben werden.*

Stromausfall in Berlin

Wenn in Berlin der Strom für mehrere Tage ausfällt, funktioniert vieles nicht mehr, was für uns selbstverständlich ist. Dazu zählen neben Licht, Telefon, Handy, Fernseher und Internet auch die Möglichkeiten zu kochen, zu heizen, Lebensmittel zu kühlen, zu tanken und bargeldlos zu zahlen. Fahrstühle stehen still. Apotheken, Arztpraxen und Supermärkte bleiben geschlossen. Die öffentlichen Verkehrsmittel fahren nicht mehr. Die Wasserversorgung wird oberhalb der 3. Etage ausfallen.

Wir möchten wissen, was das für Sie und Ihre Familie bedeutet.

1. Meine Lebenssituation

Ich wohne...

- ...im Erdgeschoss oder in der 1. bis 3. Etage.
- ...in der 4. Etage oder höher.

Ich wohne in meinem jetzigen Kiez...

- ...kürzer als 2 Jahre.
- ...2 bis 5 Jahre.
- ...über 5 Jahre.

Ich lebe...

- ...allein.
- ...zusammen mit Erwachsenen.
- ...zusammen mit Kindern im Schulalter.
- ...zusammen mit Kleinkindern.
- ...zusammen mit Haustieren.

In meinem Haushalt lebt/leben, mich einbezogen, insgesamt ____ Person(en).

Ich...

- ...bin regelmäßig auf Medikamente angewiesen.
- ...benötige mindestens einmal wöchentlich medizinische Betreuung.
- ...bin angewiesen auf medizinisch-elektrische Geräte
(z.B. Beatmungsgerät, Dialyseapparat).
- ...bin nur eingeschränkt mobil (Rollator, Rollstuhl, etc.).

Sonstige Einschränkungen: _____

Eine weitere in meinem Haushalt lebende Person... (falls zutreffend)

- ...ist regelmäßig auf Medikamente angewiesen.
- ...benötigt mindestens einmal wöchentlich medizinische Betreuung.
- ...ist angewiesen auf medizinisch-elektrische Geräte
(z.B. Beatmungsgerät, Dialyseapparat).
- ...ist nur eingeschränkt mobil (Rollator, bettlägerig, etc.).

Sonstige Einschränkungen: _____

2. Meine Vorräte

Die folgenden Vorräte in meinem Haushalt reichen für...

Lebensmittel, die kalt gegessen werden können (Brot, Konserven, Obst, etc.)

...1-2 Tage. ...3-4 Tage. ...5-6 Tage. ...länger als 6 Tage.

Getränke (Mineralwasser, Säfte, etc.)

...1-2 Tage. ...3-4 Tage. ...5-6 Tage. ...länger als 6 Tage.

Wichtige Medikamente (falls benötigt)

...1-2 Tage. ...3-4 Tage. ...5-6 Tage. ...länger als 6 Tage.

Ich verfüge in meinem Haushalt über...

- ...mehrere Kerzen.
- ...eine Taschenlampe mit Batterien oder Dynamo.
- ...einen Campingkocher mit Gaskartusche oder Spiritus.
- ...ein Fahrrad.
- ...ein Auto.
- ...ein Motorrad/Mofa.
- ...ein batteriebetriebenes Radio / Handy mit Radiofunktion.
- ...ein Tablet-PC (iPad, etc.).
- ...ein Smartphone (iPhone, etc.).
- ...ein Notebook/Netbook.

3. Hilfe und Information bei Stromausfall

Wenn ich bei einem mehrtägigen Stromausfall Hilfe benötige, erhalte ich diese von...

| | auf jeden Fall | eher ja | eher nein | auf keinen Fall |
|-------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| ...meiner Familie. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...Freunden/ Bekannten. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...Nachbarn. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Meine Familie ist für mich zu Fuß erreichbar.

Meine Freunde/Bekannte sind für mich zu Fuß erreichbar.

Wenn ich Hilfe oder Informationen wegen des Stromausfalls benötige und das Telefon sowie der Notruf ausgefallen sind, gehe ich ...

| | auf jeden Fall | eher ja | eher nein | auf keinen Fall | Standort bekannt? |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| ...zu einem zentralen Platz oder Bahnhof. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zum Hausmeister oder Hauswart. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zu einer Schule. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zur Feuerwehr. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ... zu einem Krankenhaus. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zu einer Kirche, Moschee, etc. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zum Bezirksamt (Bürgeramt, Rathaus, etc). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zu einem Nachbarschaftstreff, Nachbarschaftsladen, Verein, Stammlokal. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zur Polizei. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...zu einer Hilfsorganisation (Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Johanniter, Malteser, Bahnhofsmision, etc.). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...nirgendwohin. Ich warte zuhause auf Hilfe. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| Sonstiges: _____ | | | | | |

| Die folgenden Hilfeleistungen von Behörden und staatlichen Stellen bewerte ich im Fall eines mehrtägigen Stromausfalls als... | ...wichtig. | ...eher wichtig. | ...eher unwichtig. | ...unwichtig. |
|--|--------------------------|--------------------------|---------------------------|--------------------------|
| <i>Weitergabe aktueller Informationen</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Verteilen von Wasser</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Verteilen von Lebensmitteln</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Bereitstellen von Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon, Internet, etc.)</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Verteilen von Treibstoff/ Benzin</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Bereitstellen von Strom auf öffentlichen Plätzen</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>medizinische Versorgung</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten, z.B. in Turnhallen.</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Bereitstellen von Bargeld</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Schutz meines Eigentums</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Ansprechpartner bei Problemen</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Sonstiges: _____</i> | | | | |

4. Meine Bereitschaft zur Hilfeleistung

Im Fall eines mehrtägigen Stromausfalls bin ich bereit...

| | auf jeden Fall | eher ja | eher nein | auf keinen Fall |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| <i>...fremde Hilfesuchende in meiner Wohnung unterzubringen.</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>...einen Hilfsbedürftigen ins Krankenhaus zu bringen.</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>...knappe Güter (Batterien, Wasser etc.) mit Fremden zu teilen.</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>...meine privaten und beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen.</i> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| <i>Das sind z.B.: _____</i> | | | | |

Im Fall eines mehrtägigen Stromausfalls bin ich bereit, Personen zu helfen, die...

| | auf jeden Fall | eher ja | eher nein | auf keinen Fall |
|--|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| ...in meiner <u>direkten Nachbarschaft</u> wohnen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...in meinem <u>Kiez</u> wohnen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...in <u>anderen Stadtteilen von Berlin</u> leben. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Ich bin grundsätzlich bereit, bei einem mehrtägigen Stromausfall weiter zu meinem Arbeitsplatz zu gehen.

| | | | |
|--------------------------------------|-------------------------------|---------------------------------|---------------------------------------|
| auf jeden Fall <input type="radio"/> | eher ja <input type="radio"/> | eher nein <input type="radio"/> | auf keinen Fall <input type="radio"/> |
|--------------------------------------|-------------------------------|---------------------------------|---------------------------------------|

Wenn in Berlin für mehrere Tage der Strom ausfällt, würde ich versuchen, die Stadt zu verlassen.

| | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| Ja <input type="checkbox"/> | Nein <input type="checkbox"/> |
|-----------------------------|-------------------------------|

5. Angaben zu meiner Person

Ich bin...

...weiblich. ...männlich.

Ich bin...

- ...unter 18 Jahre alt.
- ...19-30 Jahre alt.
- ...31-40 Jahre alt.
- ...41-50 Jahre alt.
- ...51-60 Jahre alt.
- ...61-70 Jahre alt.
- ...über 70 Jahre alt.

Ich bin...

- ...in Vollzeit erwerbstätig.
- ...in Teilzeit erwerbstätig.
- ...Schüler/in, Auszubildende/r.
- ...Student/in.
- ...Rentner/in, Pensionär/in.
- ...zurzeit erwerbslos.
- ...Hausfrau / Hausmann.

Sonstiges: _____

Ich bin _____ (z.B. deutscher, türkischer) Herkunft.

Meine Postleitzahl lautet: _____

Wir bedanken uns sehr herzlich für Ihre Teilnahme an der Befragung!